

2. Die politische Bühne Polens und die Wahlen³⁹

Die Wahlen in Polen haben seit 1989 unterschiedliche Funktionen erfüllt. Das Ergebnis der halbfreien Wahlen von 1989 führte zum politischen Systemwechsel und war ein entscheidender Auslöser für die friedliche Revolution in Ostmitteleuropa. Infolge des unerwarteten Ausgangs dieser Wahlen gewann die Entwicklung des polnischen Parteiensystems erheblich an Dynamik. Das Ergebnis der Gründungswahlen 1991 markiert hingegen eine extreme Fragmentierung des parlamentarischen Parteiensystems. Die Wahlen auf nationaler Ebene kennzeichnete dennoch eine zunehmende Konsolidierung des demokratischen Systems, die einerseits auf Neuregelungen im Wahlsystem und andererseits auf die organisatorische Konzentration der relevanten Parteien (zuerst auf der Seite der postkommunistischen Parteien 1993 und dann auch innerhalb des *Solidarność*-Lagers 1997) zurückzuführen war. Die Wahlen setzten in den 90er Jahren Zäsuren im politischen Leben Polens, änderten mehrfach die politischen Mehrheitsverhältnisse und trugen gerade durch die, von allen politischen Kräften anerkannten, Ergebnisse zur Konsolidierung des neuen Systems bei (Ziemer 2003: 177).

Für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ist die Betrachtung der Wahlen insofern wichtig, als dass die Parteien hier in einer wichtigen Mobilisierungsphase betrachtet werden, in der sie die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme aufgreifen, repräsentieren, aggregieren und artikulieren, was wiederum zur Politisierung bestimmter gesellschaftlicher Konflikte führt.

In der folgenden Analyse werden die Prozesse der Ausdifferenzierung und ihre Ursachen untersucht. Im Vordergrund stehen dabei die politischen Akteure und die gesellschaftlichen Konfliktlinien. Die Bedeutung von Wahlsystemen für das polnische Parteiensystem wird in den historisch spezifischen Kontextbedingungen betrachtet.

2.1. Die semi-kompetitiven Parlamentswahlen 1989

Bei den Wahlen 1989 war die Verteilung der Mandate im Sejm von der Zahl der erhaltenen Wählerstimmen unabhängig. Bereits vorab war am *Runden Tisch* vereinbart worden, dass unabhängig vom Wahlausgang die sogenannte Regierungskoalition 299 (65 Prozent) der 460 Sejmsitze erhalte und sich nicht parteigebundene Kandidaten nur um die restlichen 161 Sitze (35 Prozent) bewerben können.⁴⁰ Diese äußerst restriktiven Wahlrechtsbestimmungen führten der

³⁹ Eine ausführliche Bibliographie zum Thema: Wahlen und Wahlenforschung in Polen siehe: Markowski 2002b: 129-139.

⁴⁰ Mehr zur Vergabe der Sejmmandate in den Wahlen 1989 siehe Olson 1993a und zu wahlorganisatorischen Bestimmungen siehe: Ziemer 1989b.

Solidarność vor Augen, dass ein organisatorisch geschlossenes Auftreten die einzige Möglichkeit war, sich unter den gegebenen Bedingungen gegen die sozialistische Regierungskoalition zu behaupten. Bereits Ende April 1989 wurde durch den Zusammenschluss der lokalen und regionalen Bürgerkomitees eine landesweite *Solidarność*-Wahlorganisation ins Leben gerufen, die sich öffentlichkeitswirksam um Wałęsa gruppierte (Grotz 2000: 103). Im politischen Wettbewerb erhalte sie massive Unterstützung von der katholischen Kirche. In ihrer Programmatik war die Wałęsa-Mannschaft darauf ausgerichtet, die PZPR-Kandidaten mit dem sozialistischen Staat zu identifizieren und sie für möglichst viele gesellschaftliche Probleme verantwortlich zu machen (Zubek 1991: 366ff). Im Gegenzug vermieden die meisten PZPR-Kandidaten eine ideologische Auseinandersetzung mit der *Solidarność* und vertraten ein an Sachfragen orientiertes Programm (Maćków 1989: 570). Die beiden Blockparteien PSL und SD gaben sich im Wahlkampf ebenfalls sehr zurückhaltend. Zugleich bemühten sie sich um innerorganisatorische Reformen und um die Intensivierung informeller Kontakte zur *Solidarność*-Führung.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen fiel ebenso überraschend wie eindeutig aus. Die sozialistische Regierungskoalition erlitt eine verheerende Niederlage, die die politischen Kommentatoren zurecht als ein „Plebiszit gegen 40 Jahre ‘Volks’polen“ (Bingen 1990) als „Abrechnung mit der Vergangenheit“ oder als „Präsentation der eigenen Identität“ (Grzybowska/Szawiel 1993) bezeichneten bzw. als „Wahl der Demokratie“ deuteten (Fehr 1991). Alle Mandate der Opposition (35 Prozent) haben die Kandidaten des Bürgerkomitees *Solidarność* erhalten. Sie gewannen auch 99 von 100 Sitzen im Senat. Dieses Resultat erklärt sich in erster Linie durch die organisatorische Geschlossenheit sowie die polarisierende Wahlkampagne des Bürgerkomitees (Taras 1995: 141). Außerdem muss diese Wahl in der erschöpften Gesellschaft vor allem als ein Votum gegen etwas - nämlich die Herrschaft der PZPR - und nicht nur für etwas – die *Solidarność* - gewertet werden.

Es wurde bereits dargelegt, wie die größte Spaltung der *Solidarność* zustande kam. Zwischenzeitlich hatten sich aber auch Dutzende von Gruppen und Parteien gebildet, die ihre politischen Ambitionen bekräftigten. Sie waren meist aus alten oppositionellen Zirkeln entstanden. Ihre Bildung ist in den meisten Fällen auf persönliche Rivalitäten und Sympathien mit unklaren programmatischen und ideologischen Grundlagen zurückzuführen. Diese politischen Existenzgründungen stützten sich auf spezifische Milieus und Gemeinsamkeiten aus der Zeit des Kampfes und damit sind diese Parteien eine Art organisatorisch strukturierte und institutionalisierte intellektuelle Lebenswelt (Mangott 1992: 106). Die wichtigsten Gruppierungen, die an den ersten freien Parlamentswahlen in Polen teilgenommen haben, werden weiter unten vorgestellt.

Die tiefgreifenden Veränderungen, die sich aus dem Ergebnis der Parlamentswahlen und dem darauf folgenden Machtwechsel ergaben, betrafen auch die Parteien des alten Regimes. Die ehemaligen Regierungsparteien konnten nach einem inneren Wandel auf ihre alten Organisationsstrukturen zurückgreifen. Besonders erfolgreich war hier die Vereinigte Bauernpartei (ZSL), die sich auf die Wurzeln der polnischen Bauernbewegung berief und in die Polnische

Bauernpartei (PSL)⁴¹ transformiert wurde. Nach 1989 legten die Funktionäre der ZSL großen Wert auf traditionelle Kirchengelassenheit und Verteidigung der Interessen der typischen Kleinbauern. Der Grund für den Erfolg der Bauernpartei lag in der spezifisch polnischen Struktur der Landwirtschaft begründet. Denn Polen konnte - als einziges Land der sowjetischen Einflussosphäre - den privaten Landbesitz bewahren. Die reformierte Bauernpartei profilierte sich binnen kurzer Zeit als Anwalt des kleinen Bauern und entschied die „Schlacht um das Dorf“ in den Wahlen von 1993 eindeutig für sich. Somit verfügte die PSL auch nach dem Systemwechsel nicht nur über eine gut ausgebaute Organisationsstruktur, sondern auch über eine klar definierte Klientel. Die Machtversessenheit der führenden Parteielite und taktische Fehler in der Landwirtschaftspolitik führten jedoch in den Herbstwahlen 1997 zum Wahldesaster. Später gewann der populistische Parteiführer der Samoobrona, Andrzej Lepper, die aus der Landwirtschaft stammende Wählerschaft für sich.

Auch die PZPR überlebte die Wende nicht. Bereits nach dem „desolaten“ Wahlergebnis von 1989 wurden innerhalb der PZPR Forderungen nach einer grundlegenden Umgestaltung der Partei laut (Grotz 2000: 110). Zugleich war die Parteiführung stark verunsichert bzw. geschwächt, da Jaruzelski nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten den PZPR-Vorsitz niedergelegt hatte und die sowjetische Regierung keine klare Stellungnahme zum polnischen Machtwechsel abgab (Taras 1995: 143ff). Vor diesem Hintergrund bildeten sich innerhalb der Staatspartei zahlreiche Gruppierungen, die teilweise mit ihrer Programmatik in einem scharfen Gegensatz zur konservativen Parteiführung standen (Paszkielwicz 2000: 62). Darunter spielte die sozialdemokratische „Initiative 8. Juli“ insofern eine herausragende Rolle, als ihr etliche reformorientierte Parlamentsabgeordnete wie Fraktionschef Orzechowski und Fiszbach angehörten, die mit Unterstützung der *Solidarność* gewählt worden waren. Aufgrund der jeweiligen institutionellen Verankerungen der beiden Gruppierungen entstand ein Konflikt zwischen der Parlamentsfraktion und dem Zentralkomitee, der auf dem 11. PZPR-Parteitag am 27/28. Januar 1990 in der Auflösung der Staatspartei gipfelte.⁴²

Entgegen den Erwartungen entstanden zwei sozialdemokratische Parteien, die sich programmatisch nur geringfügig unterschieden. Der ehemalige Danziger Parteisekretär Tadeusz Fiszbach, der erheblich an der Ausarbeitung des Programms der umgewandelten PZPR beteiligt war, entschied sich zur Gründung einer sozialdemokratischen Konkurrenzpartei (Unia Socjaldemokratyczna RP – USRP, Sozialdemokratische Union der Republik Polens), deren Hauptunterschied zur Mehrheitspartei Sozialdemokratie der Republik Polen (Socjaldemokracja Rzeczpospolitej Polskie – SdRP) wieder auf persönlicher und nicht programmatischer Ebene lag. Polemisch kann man sagen, dass der Hauptunterschied zwischen der Pro-*Solidarność* von Fiszbach und der postkommunistischen Sozialdemokratie darin bestand, dass erstere nach kurzer Zeit verschwand und die SdRP von Kwaśniewski, Miller, Urban und Rakowski schließlich zu einer bedeutenden politischen Kraft wurde.

⁴¹ Polskie Stronnictwo Ludowe könnte auch als *Polnische Volkspartei* übersetzt werden, ist aber eine typische *Bauernpartei*.

⁴² Berichterstattung über den Parteitag in Trybuna Kongresowa 1-3, v. 29.01.1990.

2.2. Die Präsidentschaftswahlen 1990

Unter den veränderten politisch-organisatorischen Rahmenbedingungen setzte sich der ideologische Konflikt zwischen dem Regierungslager und der Gruppierung um Wałęsa mit unverminderte Schärfe fort (Ziemer 1992a: 321). In den Mittelpunkt der Kontroverse rückte nun die Form des Regierungssystems. Dieser Konflikt trat am schärfsten in der Wahlkampagne der beiden *Solidarność*-Lager vor den Präsidentschaftswahlen am 29. November 1990 zutage. Die Anhänger Mazowieckis plädierten für strikte Verfassungsmäßigkeit, parlamentarische Demokratie und Weltoffenheit. Dagegen unterstrich die Wałęsa-Fraktion die Notwendigkeit außerordentlicher Schritte zur Vollendung der Revolution von 1989. Sie sprach sich für eine herausragende Stellung des Staatspräsidenten sowie für einen stärkeren sozialen und nationalen Charakter der Veränderungen aus. Der Wahlkampf Wałęsas machte deutlich, wie empfänglich die polnische Gesellschaft für populistische Losungen und nationalistische Rhetorik in Zeiten ökonomischer Not war. Bingen (1992b: 3) hat es folgendermaßen richtig zusammengefasst:

Die Attraktivität und die Integrationswirkung von Schlagworten wie Demokratie und Marktwirtschaft haben stark nachgelassen. Die Zeit arbeitet für populistische Vereinfacher.

Ein noch deutlicheres Beispiel dafür lieferte Stanisław Tymiński, ein Exilpöle, der als völlig unbekannter Geschäftsmann mit kanadischem und peruanischem Pass einige Monate vor der Präsidentschaftswahl nach Polen gekommen war. Seine Wahlkampagne, die sich auf Versprechungen und nationalistisch-populistische Losungen stützte, brachte ihm die Unterstützung von 24 Prozent der Wähler, womit er zwar deutlich hinter Wałęsa (39 Prozent) lag, jedoch Mazowiecki (18 Prozent) um den zweiten Platz brachte und damit um den Einzug in die zweite Wahlrunde. Nach diesem Erfolg gründete Tymiński die Partei X, die in ihrem Programm zwischen Kommunismusnostalgie und nationalistischen Parolen pendelte.⁴³

Auch andere Gruppierungen nutzten bei diesen Wahlen die Chance, sich der breiten Masse durch den Wahlkampf in den Massenmedien, vor allem im Fernsehen, vorzustellen. Die Konföderation Unabhängiges Polen (KPN) - die wichtigste, neben der *Solidarność*, in dieser Zeit entstandene Gruppierung – stellte ihren charismatischen Führer Leszek Moczulski als Kandidaten auf. Die gleiche Möglichkeit nutzten die postkommunistische Linke mit Włodzimierz Cimoszewicz als Kandidaten sowie die Bauernpartei mit Władysław Bartoszcze (vgl. Tabelle 1).

Die zweite Wahlrunde (Zweikampf zwischen Tymiński und Wałęsa) war der letzte einheitliche Akt der Kräfte, der die *Solidarność*-Bewegung entsprungen ist.⁴⁴ Im Anschluss daran, im Dezember 1990, konsolidierte sich die Anhängerschaft von Mazowiecki. Aus der Verbindung seiner

⁴³ Mehr über die Programme der wichtigsten politischen Gruppierungen in der ersten Transformationszeit siehe: Wojtaszczyk 1993.

Wahlkomitees, des ROAD und der Fraktion der Demokratischen Rechten (Frakcja Prawicy Demokratycznej - FPD) von Aleksander Hall entstand die Demokratische Union (Unia Demokratyczna - UD). Sie vereinte fast alle Gruppierungen, die sich für Mazowiecki ausgesprochen hatten, und stellte dadurch ein Gebilde aus mehreren Fraktionen dar. Das ideologische Spektrum der UD reichte von Sozialdemokraten über Christdemokraten und Liberalen bis hin zu Konservativen.

Tabelle 1: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 25.11./ 9.12.1990

KANDIDAT (PARTEI)	1. Wahlgang (60,6 Prozent) ¹	2. Wahlgang (53,4 Prozent)
Lech Wałęsa	40,0 ²	74,3
Stanisław Tyminski (Partei X) ³	23,1	25,7
Tadeusz Mazowiecki	18,1	-
Włodzimierz Cimoszewicz	9,1	-
Roman Bartoszcze (PSL)	7,2	-
Leszek Moczulski (KPN)	2,5	-
Gesamt	100	100

Quelle: <http://www.abc.wp.pl/prezydent/wybory1990.html> (12.12.2001), Grotz 2000.

Anmerkungen: ¹Die Prozentangaben in Klammern geben die jeweilige Wahlbeteiligung an. ²Die einzelnen Prozentanteile beziehen sich auf die Summe der gültigen Stimmen. ³Die Parteizugehörigkeiten sind nur dann vermerkt, wenn die Kandidaten auch offiziell unter dem Label antraten.

Der Sieg Wałęsas hatte außer der Teilung der Bewegung eine vielleicht noch weitreichendere Folge: Die Zerstörung des Bildes der heldenhaften *Solidarność*.

Menschen der Opposition, die aus dem Ethos des Kampfes um die reinsten Ideale herausgewachsenen Helden fangen an, sich zu beschimpfen, führen einen ungewöhnlich scharfen Kampf (Polak/Kobzdej 1993: 88).

Im Verständnis vieler Bürger war dies allerdings ein Kampf um Positionen, Macht und Privilegien. Hier bereits trat eine Tendenz in der politischen Entwicklung Polens zu Tage, nach der Parteien - sowohl aus der Sicht der Bürger als auch der Elite selbst - in erster Linie als ein Instrument des Zugangs zu Macht und Karriere angesehen werden. Die Machtkämpfe innerhalb einzelner Parteien, die oftmals dadurch gelöst wurden, dass unterlegene Kandidaten kurzerhand eine neue Partei gründeten, die in ihrer Programmatik aber die selben Ziele verfolgten, oder das Nebeneinanderexistieren mehrerer Parteien mit gleichen oder ähnlichen politischen Orientierungen, bestätigt diese These nur.⁴⁵

⁴⁴ Viele Anhänger Mazowieckis sahen das Votum für Wałęsa als „kleineres Übel.“ Es gab aber auch solche wie Adam Michnik, der die Wahl Tymiąnskis als nationale Tragödie angesehen hatte, jedoch auch Lech Wałęsa als nicht für dieses Amt geeignet und als eine Gefahr für die Demokratie betrachtete.

⁴⁵ Grabowska hat gezählt, dass die meisten polnischen Politiker eine Parteizugehörigkeit haben, die zwischen drei und sieben Parteien oszilliert, in: *Polityka*, Nr. 17 v. 24.04.2004: 3-8.

2.3. Die Parlamentswahlen 1991

Einer der größten Mängel des polnischen, politischen Systems nach 1989 lag in seiner fehlenden Legitimation. Es war klar, dass die Vereinbarungen des *Runden Tisches* nach dem Wählervotum vom 4. Juni 1989 nicht in ihrer ursprünglichen Form eingehalten werden konnten. Die Bildung der Mazowiecki-Regierung und die Wahl Wałęsas zum Präsidenten sind Beispiele dafür.

Es war auch offensichtlich, dass die ersten völlig freien Wahlen eine herausragende Bedeutung für das sich formierende polnische Parteiensystem haben würden. Dies war für alle politischen Kräfte selbstverständlich. Daher erlangte auch die Frage des Wahlrechts einen besonderen Stellenwert. In sich neu formierenden Systemen sind Wahlordnungen kein juristisches, sondern ein politisches Thema (Beyme 1994: 23). Die Tatsache, dass die ersten Parlamentswahlen jedes Mal nach einer anderen Wahlordnung durchgeführt worden sind, bezeugt am besten die Schwierigkeiten des neuen politischen Systems bei der Suche nach der angemessenen parlamentarischen Vertretung.

Das neue System entsteht unter Schmerzen, prallt mit ungewöhnlich schwierigen inneren und äußeren Problemen der Systemtransformation zusammen und befreit sich gleichzeitig, unter großen Widerständen von den Lasten der Vergangenheit (Stepien 1995: 52).

In Polen war der Streit zwischen den Anhängern des Mehrheits- und Verhältniswahlrechts ausgebrochen. Eine Entscheidung zugunsten des absoluten Proporzwahlrechts war aufgrund des Machtkalküls der Mehrheit des Sejm (postkommunistische Gruppierungen sowie kleinere Post-*Solidarność*-Organisationen), aber auch aus der demokratietheoretischen Überlegung heraus, dass der vollständigen Repräsentation der Gesellschaft der Vorrang gebührt, zustande gekommen. Daher sah das Wahlsystem die Hare-Niemeyer-Methode zur Berechnung der Mandate vor. Ohne die Details dieser Methode darzulegen, kann man sagen, dass sie die genaueste Widerspiegelung der Stimmenverteilung in den Wahlen garantiert und kleine Parteien begünstigt.⁴⁶ Es wurde keine Prozentklausel - wie beispielweise in Deutschland - eingeführt.

Die Wahl fand in 37 Wahlkreisen mit 7 bis 17 Mandaten statt. Die einzige Begünstigung für die größeren Parteien stellten garantierte 69 Mandate (von 460) im Sejm dar, die nach der gleichen Methode unter den landesweit aufgestellten Parteien, zusätzlich zu denen aus den Wahlkreisen, verteilt wurden. Außer den Parteien konnten auch andere Wahlkomitees und unabhängige Kandidaten an den Wahlen teilnehmen. 111 Wahlkomitees nutzten dieses äußerst liberale Wahlrecht, 29 von ihnen errangen Mandate für den Sejm. Im Sejm waren sie in 24 Gruppierungen organisiert.⁴⁷ Nur neun Parteien hatten mehr als fünf Prozent der Stimmen erhalten. Am besten hatte die Demokratische Union mit 12,31 Prozent abgeschnitten, ihr folgte das Bündnis der Demokratischen Linken mit 11,98

⁴⁶ Für Details und den Vergleich der verschiedenen Varianten des Wahlrechts siehe: Gebethner 1993 und Janicki 1991 und für den Verlauf der Parlamentswahlen siehe: Gebethner 1991, Bingen 1991b, Hirsch 1994.

⁴⁷ Entgegen falschen Interpretationen sind nicht 29 sondern 24 politische Gruppierungen in den Sejm gewählt worden. Drei Parteien haben die Möglichkeit zur Registrierung mehrerer Listen genutzt, in denen gewählte Abgeordnete in den parlamentarischen Klubs dieser Parteien organisiert waren.

Prozent. Elf Parteien brachten jeweils nur einen einzigen Abgeordneten durch (siehe Tabelle 2). Neun parlamentarische Klubs stellten 409 Abgeordnete (d.h. 88,9 Prozent), die restlichen 51 wurden als Kandidaten von 15 anderen Wahlkomitees gewählt.

Tabelle 2: Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 27.10.1991

PARTEI		Stimmenanteil (in Prozent) ¹	Mandate
UD	Demokratische Union	12,3	62
SLD	Allianz der Demokratischen Linken	12,0	60
WAK	Katholische Wahlaktion	8,7	49
PSL	Polnische Bauernpartei	8,7	48
KPN	Konföderation Unabhängiges Polen	7,5	46
PC	Zentrumsallianz	8,7	44
KLD	Liberal-Demokratischer Kongress	7,5	37
PL	Volksverständigung (Bauernallianz)	5,5	28
NZSS <i>Solidarność</i> - Gewerkschaft <i>Solidarität</i>		5,1	27
PPPP	Polnische Partei der Bierfreunde	3,3	16
MN	Deutsche Minderheit	1,2	7
ChD	Christliche Demokratie	2,4	5
PZZ	Polnischer Westbund	0,2	4
PChD	Partei Christlicher Demokraten	1,1	4
SP	Solidarität der Arbeit	2,1	4
UPR	Union der Realpolitik	2,2	3
Partia "X"	Partei "X"	0,5	3
Bewegung für die Autonomie Schlesiens		0,3	2
Andere ²		11,7	11 ³
Gesamt		100	460

Quelle: <http://wybory.pkw.gov.pl> (12.12.2001)

Anmerkung: ¹Die einzelnen Prozentanteile beziehen sich auf die Summe der gültigen Stimmen. ²Unter „Andere“ sind diejenigen Parteien subsumiert, auf die jeweils weniger als 0,2 Prozent der nationalen Stimmenanteile entfiel. ³Je ein Mandat stellen: Bauerneinheit, Bauernwahlallianz Piast, Demokratische Partei, Demokratische-Soziale Bewegung, Großpolen-Union, Großpolen und Polen, *Solidarność* 80, Orthodoxes Wahlkomitee, Podhale-Bund, Frauenunion gegen Lebensprobleme, Krakauer Koalition Solidarisch mit dem Präsidenten.

Die geringe Wahlbeteiligung⁴⁸ (43,2 Prozent) war die größte Enttäuschung bei den Wahlen, die die die Übergangszeit des *Runden Tisches* beenden sollten. Seit dem Ende des Krieges konnten

⁴⁸ Im Gegensatz zu vielen anderen postkommunistischen Ländern ist die Wahlbeteiligung in Polen grundsätzlich niedrig. Sowohl bei Parlamentswahlen als auch bei Lokalwahlen liegt die Beteiligung fast immer unter 50 Prozent; lediglich die Präsidentschaftswahlen bewirken durch ihre Personalisierung einen leichten Anstieg (auf etwas über 50 Prozent). Als Regel aber bleibt festzuhalten, dass zwischen 45 und 60 Prozent der Wahlberechtigten am demokratischen Prozess keinen Anteil nehmen.

die Polen das erste Mal wirklich frei Volksvertreter wählen, jedoch sah weit über die Hälfte der Bürger in der Stimmabgabe offenbar keinen Sinn (Hirsch 1994: 62). Man kann die Wahlenthaltung auf die ablehnende Haltung gegenüber dem Reformkurs (Balcerowicz-Plan) und auf die allgemein negative Haltung gegenüber Politik und Parteipolitik im Besonderen zurückführen. Hinzu kamen der komplizierte Wahlvorgang und der Mechanismus der Mandatsverteilung. Doch die Wahlenthaltung kann auch anders interpretiert werden: Das fehlende Votum für irgendeine Partei kann als Beweis für die fehlende Verankerung der Parteien in der Gesellschaft gedeutet werden. Dieser Interpretation folgend, sollte man rückblickend vielleicht von „Glück“ sprechen, dass nur knapp die Hälfte der Bevölkerung zu den Wahlurnen ging. Denn aus Untersuchungen geht hervor, dass das Potential für populistische, nationalistische und autoritäre Einstellungen unter den Nicht-Wählern höher war als unter der wahlaktiven Minderheit. Bei einer erheblich höheren Wahlbeteiligung hätte dieser Teil der Gesellschaft zur Verschiebung des politischen Spektrums im Parlament zugunsten extremer nationalistischer und populistischer Gruppierungen führen können.⁴⁹

Auch zwei weitere Aspekte des Wahlausgangs sorgten für Überraschung. Erstens das relativ gute Abschneiden der Ex-Kommunisten. Als zweitstärkste Partei im Sejm hatte das Bündnis der Demokratischen Linken nun eine demokratische Legitimation. Seine Isolation durch alle Post-*Solidarność*-Parteien setzte sich allerdings während der gesamten Legislaturperiode des I. Sejm fort. Zweitens das schlechte Abschneiden der Katholischen Wahlaktion, hinter der sich vor allem die Christlich-Nationale Vereinigung - ZChN verbarg. Die WAK erhielt nur 8,7 Prozent, trotz einer direkten Wahlempfehlung in Form eines Hirtenbriefes des Episkopats zugunsten der christlichen Parteien.⁵⁰

Nachfolgend werden die wichtigsten parlamentarischen Gruppierungen⁵¹ vorgestellt.

2.3.1. Die postkommunistischen Gruppierungen

1. Die Allianz der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) war eine Koalition von Organisationen, die aus der zerfallenden PZPR entstanden war. Die wichtigste Kraft war die Sozialdemokratie der Republik Polen (Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej – SdRP), die in programmatischer und organisatorischer Hinsicht die Gestalt dieser Gruppierung bestimmte. Im Unterschied zu vergleichbaren Parteien in ehemals sozialistischen Staaten (z.B. Ungarn) vollzog die SdRP keinen klaren Bruch mit der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, - PZPR). Die SdRP verstand sich explizit als Nachfolgeorganisation der PZPR

⁴⁹ Für eine detaillierte empirische Untersuchung der Faktoren der Wahlabstinz siehe Markowski 1993: 57-86.

⁵⁰ Dieses Problem wird im Weiteren in Kapitel III-2.3. bei der *Cleavage-Struktur in Polen* und noch mal in Kapitel III-4.2. *Europadebatte in Polen* näher analysiert.

⁵¹ Die Parteienübersicht wurde unter anderem auf Grundlage der folgenden Bücher erstellt: Burmeister 1995, Wasilewski 1997, Majcherek 1999. Für Programme, Wahlösungen und führende Persönlichkeiten der Parteien sowie Hauptkonflikte des Wahlkampfes siehe: Paszkiewicz 2000, auf deutsch auch im Internet unter:

http://www.dpg-brandenburg.de/nr_20/parteienlandschaft.html (12.12.2001).

und erhob unter anderem Anspruch auf deren gesamtes Vermögen. Aleksander Kwaśniewski war bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten Ende 1995 Vorsitzender der SdRP. Eine andere wichtige Kraft war die postkommunistische Gewerkschaftszentrale (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych – OPZZ). Die SLD umfasste auch eine Gruppe von einflussreichen Parteilosen, die früher PZPR-Mitglieder waren (z. B. Włodzimierz Cimoszewicz). Sie sprach sich für einen stärkeren sozialen Charakter der Transformationsprozesse, ein parlamentarisches Regierungssystem und eine eindeutige Trennung zwischen Staat und Kirche aus. Ihre Basis stellten vor allem die ärmeren Bürger (Rentner), Teile der Intelligenz sowie Benefizienten des *ancien régime*.

2. Die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) war aus der Vereinigten Bauernpartei – ZSL hervorgegangen, die in den Jahren zwischen 1949 und 1989 als Satellit der PZPR „mitregierte“. Sie verweist seit der Wende auf die Tradition der Bauernpartei gleichen Namens, die von 1944 bis 1947 die einzige legale Opposition war sowie auf die Symbolfiguren der Bauernbewegung Wincenty Witos und Stanisław Mikołajczyk. Nur einige Mitglieder der PSL-*Solidarność* schlossen sich der neugegründeten PSL an, der größere Teil unter Führung von Józef Ślisz lehnte dies ab. Eine Gruppe der ehemals oppositionellen PSL (PSL-Mikołajczyk) lehnte ebenfalls einen Beitritt ab, blieb aber ohne Einfluss.⁵² Die PSL stand den Reformen von Balcerowicz distanziert gegenüber. Sie verteidigte die Interessen der Bauern, die im Laufe der Reformen und vor allem wegen der Konkurrenz der EG-Produkte in Not geraten waren. Die PSL war auf gute Beziehungen zur katholischen Kirche ausgerichtet. Ihre Mitglieder und Anhänger machten sie zur größten und am besten organisierten Partei Polens. Aber auch sie war nicht monolithisch: Die Hauptkonfliktlinie verlief zwischen Traditionalisten und Anhängern einer modernen Christdemokratie. Bei den ersten freien Wahlen im Jahre 1991 erzielte die PSL 9,22 Prozent der Stimmen (50 Mandate) und wurde zur drittstärksten Parlamentsfraktion.

2.3.2. Die Post-Solidarność-Gruppierungen

1. Die Demokratische Union (Unia Demokratyczna – UD) ist nach den Präsidentschaftswahlen 1990 aus jenen Gruppierungen entstanden, die die Kandidatur von Tadeusz Mazowiecki unterstützt hatten. Die ehemals selbständigen Organisationen traten als Fraktionen innerhalb der UD auf: Die Fraktion der Demokratischen Rechten mit dem Vorsitzenden Aleksander Hall rekrutierte sich aus der konservativen Oppositionsgruppe Bewegung Junges Polen (Ruch Młodej Polski) und einem

⁵² Wincenty Witos war einer der herausragendsten Politiker in Vorkriegspolen (zeitweise Ministerpräsident), Gegner Piłsudskis, Integrationsfigur der Bauernbewegung; Stanisław Mikołajczyk war Abgeordneter im Vorkriegssejm, 1943-44 Premier der Emigrationsregierung in London, 1945-47 Vizepremier der Regierung der Nationalen Einheit, Führer der einzigen legalen Oppositionspartei Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL).

christlich-liberalen Milieu um den bereits verstorbenen Publizisten Mirosław Dzielski. Die sozial-liberale Fraktion hingegen stammte aus der Bürgerbewegung Demokratische Aktion (ROAD) bzw. dem sozialdemokratischen Flügel der Menschenrechtsbewegung (KOR) aus den 70er Jahren. Sie wurde von einer Schar hervorragender Persönlichkeiten der früheren Opposition angeführt. Namen wie Mazowiecki, Geremek, Kuroń, Frasyniuk, Kuratowska, Hall u.a. machten aus der UD die in Polen und im Ausland bekannteste Partei. Sie war vor allem als die „europäische“ Partei bekannt. Die UD optierte für eine parlamentarische Regierungsreform, marktwirtschaftliche Reformen und konfessionelle Neutralität des Staates. Sie umfasste ein breites ideologisches Spektrum von Sozialdemokraten über Liberalen, modernen Christdemokraten bis hin zu Konservativen. Unterstützung fand diese Partei hauptsächlich bei der Intelligenz und in großen Städten. Aus den ersten vollständig freien Wahlen im Jahre 1991 ging die Demokratische Union als stärkste Partei mit 12,32 Prozent der Stimmen (62 Mandate im Sejm) hervor.

2. Der Liberal-Demokratische Kongress (Kongres Liberalno-Demokratyczny – KLD) wurde als Partei im Juni 1990 gegründet. Er ging aus einem Kreis von Liberalen hervor, die sich bereits 1983 um die Zeitschrift „Przegląd Polityczny“ zusammengeschlossen hatten. Im September 1990 beschloss der KLD-Vorstand zunächst, im Rahmen der Zentrumsallianz mitzuarbeiten. Als diese sich jedoch eine eindeutig christdemokratische Grundlage gab, trat der KLD im März 1991 wieder aus. Der Interessenschwerpunkt der Partei lag eindeutig auf wirtschaftlichen Fragen. Der KLD trat für eine freie Marktwirtschaft möglichst ohne staatliche Interventionen ein und präferierte Privateigentum. Neben der UD war die KLD die einzige Partei, die den Kurs der Reformen und der Privatisierung vehement unterstützte. Sie war keine Massenpartei, eher ein elitärer Zirkel von Ökonomen und Wirtschaftsjournalisten. Die Anhängerschaft des KLD war, ähnlich wie die der UD, in der Intelligenz und in großen Städten sowie unter Selbständigen zu finden. Bei den Wahlen 1991 erreichte der KLD 7,49 Prozent der Stimmen (37 Mandate im Sejm).

3. Die Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum – PC) ist in den Wahlen zusammen mit Teilen der Bürgerkomitees als Bürgerliche Zentrumsallianz (Porozumienie Obywatelskie Centrum – POC) aufgetreten. Die PC hoffte, nach der Wahl Wałęsas zum Präsidenten eine Präsidentenpartei zu werden. Dies gelang ihr jedoch nicht. Nachdem die PC-Mitglieder aus dem Umfeld Wałęsas entlassen worden waren (darunter auch ihr Chef und PC-Vorsitzender Jarosław Kaczyński), kühlte sich das gegenseitige Verhältnis bis hin zur offenen Feindschaft ab. Das Bild der PC veränderte sich mit der Zeit nachhaltig. Anfänglich schien es, als könne die PC die Keimzelle einer christlich-konservativen Volkspartei bilden. Als sie jedoch unter dem Schlagwort der „Dekommunisierung“ eine Politik betrieb, die vor allem die persönlichen Ambitionen ihres Vorsitzenden Jarosław Kaczyński widerspiegelte, geriet sie immer mehr ins Abseits. Seit der Absetzung der Olszewski-Regierung, in der sie zur Koalition gehörte, sich aber häufig von den Regierungsbeschlüssen distanzierte, wird sie in der Öffentlichkeit als radikal und populistisch angesehen. Die PC sprach sich für ein präsidentiell-parlamentarisches Regierungssystem aus, für eine aktive Rolle der Kirche in bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens sowie für eine umfassende Lustration und

Entfernung von Personen mit kommunistischer Vergangenheit aus öffentlichen Ämtern. Ihr größter Erfolg war die Bildung der Bürgerkoalition Zentrum (Obywatelska Koalicja Centrum) zusammen mit noch aktiven Teilen der Bürgerkomitees (Zdzisław Najder) und der Gruppierung Christliches Bauernforum *Ojcowizna* (Väterliches Erbe) von Roman Bartoszcze vor den Wahlen im Jahre 1991. Diese Koalition errang 8,71 Prozent der Stimmen (44 Mandate im Sejm). Später verließen jedoch 20 Parlamentarier diese Fraktion und wechselten zu anderen Parteien.

4. Unter dem Namen Katholische Wahlaktion (Wyborcza Akcja Katolicka – WAK) nahm die Christlich-Nationale Vereinigung (Zjednoczenie Chrześcijańsko Narodowe – ZChN) an den Wahlen teil. Sie bildete eine Wahlkoalition zusammen mit der Christlichen Bürgerbewegung (Chrześcijański Ruch Obywatelski - ChRO), der Föderation der Organisationen der polnischen Ostmark (Federacja Organizacji Kresowych) und der Union des Katholischen Laikats (Unia Laikatu Katolickiego). Sie war die stärkste Kraft dieses Bündnis. Im Oktober 1990 wurde sie aus dem Zusammenschluss von fast 20 kleinen Gruppen aus der *Solidarność* und von anderen patriotischen Bewegungen gegründet. Im Unterschied zur Zentrumsallianz stellt die ZChN die Verteidigung christlicher und patriotischer Werte in den Vordergrund. Sie forderte eine familienfreundliche Politik und eine angemessene Position der katholischen Kirche im öffentlichen Leben. Außerdem machte sie durch ihre ablehnende Haltung gegenüber der Bildung von Euroregionen, die sie als Bedrohung für die polnische Souveränität ansah, von sich reden. Die Partei kritisierte auch die Demokratische Union und den Liberaldemokratischen Kongress wegen mangelnder Abrechnung mit dem Kommunismus. Die ZChN verstand sich als die politische Vertreterin des Katholizismus in Polen und stand für die vielzitierte Gleichung: Pole = Katholik. Die Haltung der EU gegenüber war skeptisch, die ZChN sprach am liebsten vom "Europa der Vaterländer". Die Führer der Vereinigung (Niesiołowski, Jurek, Łopuszański) waren vor allem wegen ihrer fundamentalistischen Einstellung hinsichtlich des Verbots der Schwangerschaftsunterbrechung, der Rolle der Kirche im Staat und wegen markanter Aussagen gegen die „Verwestlichung“ und den moralischen Verfall bekannt geworden. Die Anhängerschaft der ZChN bestand hauptsächlich aus älteren Menschen und ländlicher Bevölkerung. Die Katholische Wahlaktion erzielte bei den ersten freien Wahlen im Jahre 1991 8,98 Prozent der Stimmen (50 Mandate im Sejm).

5. Die Bauernallianz (Porozumienie Ludowe – PL) war der Teil der Bauernbewegung, der sich zu den Idealen und Traditionen der *Solidarność* bekannte. Sie entstand als Wahlbündnis zunächst zwischen PSL, PSL-*Solidarność* und der *Solidarność* der Privatbauern und erhielt bei den Wahlen 1991 5,47 Prozent der Stimmen (28 Mandate). Schließlich blieb sie als eigenständige Organisation übrig, nachdem die anderen beiden Bündnispartner die Allianz wieder verlassen hatten. Direkt nach der Wahl verließ PSL-*Solidarność* die Koalition und bildete unter dem Namen Agrar-Christliche Partei (Stronnictwo Ludowo-Chrześcijańskie – SLCh) eine eigene Partei. Später ging sie unter der Führung von Józef Ślisz eine Koalition mit konservativen und christlichen Parteien ein (SKL). Die „übriggebliebene“ PL setzte sich für die Wahrung der Interessen der Bauern ein und

radikalisierte vor diesem Hintergrund ihre Position. Die Partei wurde und wird weitgehend mit ihrem Vorsitzenden Gabriel Janowski identifiziert.

6. Die Solidarität - (*Solidarność*) entschied sich, in ihre Funktion als landesweite Gewerkschaft, eine Vertretung ins Parlament zu bringen. Ihre Abgeordneten (27 Mandate) verhielten sich aber sehr ambivalent, da ihre Arbeit im Parlament durch den Widerspruch geprägt war, gleichzeitig gewerkschaftliche und politische Aufgaben wahrnehmen zu wollen. Einerseits trat die Fraktion keiner Regierungskoalition bei, unterstützte aber Olszewski (PC) und Suchocka (UD) bei der Wahl zum Ministerpräsidenten. Andererseits beteiligten sich die Abgeordneten an Protestkundgebungen der Gewerkschaft gegen die monetarische Wirtschaftspolitik der bisherigen Regierungen (Matthes 1999: 107). Sie tendierte immer stärker zur Begrenzung der reinen politischen Rolle und beschränkte sich auf die Aufgaben einer Arbeiterlobby. Mehrere Abgeordnete der *Solidarność* wechselten zu anderen politischen Parteien. Am 28. Mai 1993 führte schließlich ein Misstrauensantrag der *Solidarność*-Fraktion gegen Ministerpräsidentin Suchocka zu deren Abwahl und zur Auflösung des Parlaments.⁵³ Die Führung der *Solidarność* kündigte im Mai 1993 an, nie wieder ein Schutzschild für irgendeine Regierung sein zu wollen.

7. Die Solidarität der Arbeit (*Solidarność Pracy* - SP) ist eine sozial-demokratisch und sozialistisch ausgerichtete, aus der *Solidarność* hervorgegangene Gruppierung. Nach den Erfahrungen mit dem Kommunismus besaßen nur wenige Gruppen aus dem ehemaligen *Solidarność*-Umfeld den Mut, sozialdemokratisches Gedankengut zu rehabilitieren – die UP bildete hier eine Ausnahme. Um die Grenzen zwischen einer sozialdemokratischen und einer post-kommunistischen Linken nicht zu verwischen, konnte anfangs niemand in der Union der Arbeit Mitglied werden, der zuvor Mitglied der Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) war (Hirsch 1994: 69). Die Solidarität der Arbeit war die einzige aus der *Solidarność* hervorgegangene Gruppierung, die sich offen als links bezeichnete. Sie fühlte sich dem ursprünglichen demokratischen und sozialen Ethos von *Solidarność* und damit auch den Interessen der Arbeiter verpflichtet. Ihr Plädoyer für soziale Marktwirtschaft war verbunden mit der Forderung nach erweiterten Mitbestimmungsrechten in den Betrieben (unabhängig von der Eigentumsform) und dem Ruf nach einer staatlichen Industrie- und Strukturpolitik. Sie opponierte gegen den Balcerowicz-Plan und dessen „Schocktherapie“. Die Solidarität der Arbeit erreichte bei den ersten freien Wahlen im Jahre 1991 2,06 Prozent der Stimmen (vier Mandate im Sejm). Sie vereinigte sich nach den Wahlen mit der Sozialdemokratischen Bewegung (Ruch Demokratyczno-Spoleczny - RDS) von Zbigniew Bujak und Wojciech Borowik, die bei den Wahlen 0,46 Prozent der Stimmen und ein Mandat im Sejm erreicht hatten. Im Juni 1992 benannte sich die Partei in Arbeitsunion um. Sie umfasste die ehemalige Solidarität der Arbeit, RDS, Teile von PPS, Teile der Polnischen Sozialdemokratischen

⁵³ Über dieses Recht verfügte der Staatspräsident nach der Kleinen Verfassung vom Oktober 1992 Art. 66 (5), wenn das Parlament keinen Nachfolger für das Amt des Ministerpräsidenten präsentiert (nicht-konstruktives, sondern sogenanntes normales Mißtrauensvotum). Die Neue Verfassung vom April 1997 lässt nur noch ein konstruktives Mißtrauensvotum zu Art. 158.

Union (Wiesława Ziółkowska) und auch einzelne ehemalige Mitglieder der SdRP (Tomasz Nałęcz). Damit demonstrierte die ehemalige Solidarnität der Arbeit, dass sie eine Partei sein wollte, die Sozialdemokraten aus beiden Lagern bei sich willkommen hieß. Die UP hatte eine reale Chance gegen die postkommunistische SLD anzutreten. Ihre programmatischen Positionen waren sogar „linker“ als die der SLD einzuschätzen.

2.3.3. Andere Gruppierungen

1. Die Konföderation Unabhängiges Polen (Konfederacja Polski Niepodległej – KPN) existiert seit September 1979. Sie nahm bereits mit einer eigenen Liste an den Wahlen vom 4. Juni 1989 teil, hatte aber keinen Erfolg, da alle frei gewählten Mandate an *Solidarność*-Kandidaten gingen. Bei den Wahlen 1991 erzielte sie aber bereits 8,88 Prozent der Stimmen (war damit etwa gleich stark wie die Katholische Wahlaktion) und 51 Mandate im Parlament. KPN-Vorsitzender war von Anfang an Leszek Moczulski, der bereits in der Volksrepublik Polen für die nationale Unabhängigkeit Polens eingetreten war und deshalb viele Jahre inhaftiert war. Seine KPN ist etatistisch geprägt, autoritär strukturiert und bevorzugt eine paramilitärische Rhetorik. Sie tritt für einen starken Staat in der Tradition Piłsudskis ein und steht damit der parlamentarischen Demokratie durchaus kritisch gegenüber. Die Partei ist radikal und aggressiv antikommunistisch. In der Wirtschaftspolitik trat die KPN vor allem demagogisch auf; sie sprach von der Privatisierung ausschließlich als "krimineller Privatisierung", plädierte für einen "offenen Haushalt", d.h. für ein unbegrenztes Haushaltsdefizit, und versprach den Wählern Vollbeschäftigung innerhalb von fünf Jahren. Außenpolitisch plädierte sie für eine Föderation Ostmitteleuropas ("Zwischen den Meeren") und erst im Weiteren für eine begrenzte Integration in den Westen. Euroregionen betrachtete sie als eine Einschränkung der Souveränität Polens. Wegen zahlreicher Auseinandersetzungen und Abspaltungen ist die KPN heute ohne Einfluss.
2. Die Polnische Bierfreunde Partei (Polska Partia Przyjaciół Piwa – PPPP) wurde ursprünglich als ein Forum zur Diskussion von Problemen der Männer und ihrer Freizeitgestaltung im Herbst 1990 gegründet. Einige Beobachter sind allerdings der Meinung, dass sie als Scherz einiger Kabarettisten (Janusz Rewiński) und Journalisten gedacht war. Nichts desto weniger nutzten im Laufe des Wahlkampfes mehrere Geschäftsleute die PPPP als Plattform. Die Partei wurde von einer einflussreichen Gruppe von Unternehmern unterstützt und erhielt bei den Wahlen 1991 2,97 Prozent der Stimmen (16 Mandate im Sejm). Schon bald nach der Formierung der Partei zeigte sich jedoch, dass es nur schwer zu überwindende Widersprüche zwischen den Verfechtern der Ursprungsidee und jenen, die primär wirtschaftliche Interessen mit der Partei verfolgten, gab. Dieser Widerspruch führte faktisch zu einer Spaltung der Partei, die mit der Bildung des Polnischen

Wirtschaftsprogramms (Polski Program Gospodarczy - PPG) deutlich wurde. Die PPG wurde später im Sejm Teil der Proreform-Koalition aus UD und KLD (Burmeister 1995a: 227).

3. Die Union der Realpolitik (Unia Polityki Realnej – UPR) wurde im April 1989, den Vorschriften der Volksrepublik Polen entsprechend, als Verein gegründet. Vorsitzender war von Anfang an Janusz Korwin-Mikke. Die UPR nahm wie die KPN bereits mit einer eigenen Liste erfolglos an den Wahlen vom 4. Juni 1989 teil. Sie vertrat einen äußerst radikal-liberalen Kurs und plädierte für den klassischen "Nachtwächter"-Staat. Ihre Programmatik ist dafür Beleg: Freiheit des Einzelnen, Garantie des Privateigentums, Reduzierung des Staatsapparats, Privatisierung der Wirtschaft, des Schulwesens, des Gesundheitsdienstes, gleiche Steuern für alle, keine Arbeitslosenunterstützung, Trennung von Kirche und Staat, Dezentralisierung des Staates, keinerlei Intervention des Staates in die Wirtschaft, keine staatliche Sozialversicherung, keine staatliche Rentenversicherung, Aufstellung einer Berufsarmee, keine Rückgabe von Eigentum an jüdische Gemeinden, da keine rechtliche Kontinuität zwischen damaligen und heutigen Besitzern bestehe. Bei den ersten freien Wahlen erhielt die UPR 2,25 Prozent der Stimmen (drei Mandate). Die später eingeführte Fünf-Prozent-Klausel erwies sich für die Partei als unüberwindbares Hindernis.

4. Die Partei X von Stanisław Tymiński entstand nach seinem überraschenden Wahlerfolg bei den Präsidentschaftswahlen 1990. Er erhielt im ersten Wahlgang beinahe vier Millionen Stimmen und lag damit an zweiter Stelle hinter Lech Wałęsa und vor Tadeusz Mazowiecki. Die Partei X wurde im März 1991 registriert und führte einen Gründungskongress in Warschau durch. Nachdem sich dort die Anhängerschaft zu Wort meldete – eine Mischung aus „kleinen Leuten“, alten Kommunisten und Sonderlingen - zeigte sich, dass die Anhängerschaft der Partei und die Wählerschaft Tymińskis nur wenige Gemeinsamkeiten aufwiesen. Tymiński wurde nämlich zum Hoffnungsträger einer ganz bestimmten Schicht, die gesellschaftlich wenig integriert, religiös und *Solidarność* orientiert war - wie das „Polen von Wałęsa“, und nicht so bürgerlich-akademisch war und rational dachte - wie das „Polen von Mazowiecki“ (Hirsch 1994: 60). Bei den Wahlen erzielte die Partei 0,47 Prozent Stimmen (3 Mandate im Sejm). Danach verließ Tymiński Polen und seine Partei wurde aufgelöst.

Ein ähnliches Ergebnis wie die Aufzählung der wichtigsten Parteien belegt auch eine mathematische Analyse von Mangott (1992: 118-119), mit Hilfe des Laakso-Taagepera-Index (1979: 3-27) errechnet. Es handelt sich um die effektive Zahl der Parteien, die er für Polen auf 10,87 beziffert. Diese Zahl liegt höher als in Westeuropa, unterscheidet sich aber deutlich von der vielzitierten und spektakulären Anzahl von 29 Parteien, die Maćków (1993) errechnete und die ein „astronomisches“ Niveau illustrieren sollte. Zudem verkleinerte sich die Zahl nach der Parlamentswahl von 1997 auf 2,9,

was ein solides, mit den entsprechenden westeuropäischen Daten durchaus vergleichbares Bild ergibt (Machos 2001: 407).⁵⁴ Die obige Feststellung ändert aber nichts an der Tatsache der Fragmentierung des Parteienspektrums und der äußerst erschwerten Regierungsbildung. Dieser Zustand wurde oft der „extrem“ oder „über“-proportional konzipierten Wahlordnung zur Last gelegt. Viele Politiker und Beobachter waren der Meinung, dass das proportionale System „den Willen des Volkes spalten“ und die demokratische Mehrheit im Sejm verhindern würde.⁵⁵

Die Mehrheit der Politologen ist hingegen anderer Meinung. Gebethner (1993: 169-192) hat anhand der Ergebnisse der Abstimmung vom 27. Oktober 1991 berechnet, wie die Verteilung der Mandate nach einem anderen Wahlrecht ausgesehen hätte.⁵⁶ Man muss diesen Berechnungen, trotz bestimmter Vereinfachungen - Recht geben. Es ist nämlich unmöglich Schritte, die die politischen Akteure unternommen hätten, und die Reaktionen der Wähler darauf, die im Falle des Mehrheitswahlrechts stattgefunden hätten, zu antizipieren. Andererseits kann man schwerlich davon ausgehen, dass in einem solchen Falle eine Konsolidierung der verfeindeten und ideologisch polarisierten Eliten zustandegekommen wäre. Dies ist deutlich aus den Ergebnissen der Senatswahlen zu ersehen, die wie 1989 nach Mehrheitswahlrecht abgehalten wurden.

Stellt man die fiktive Verteilung der Mandate nach unterschiedlichen Mustern der Wahlordnung dar, ändert sich die Zahl der großen Fraktionen im Parlament kaum und die größere Bedeutung der stärksten Parteien bleibt wegen ihrer grundlegenden Differenzen für die Koalitionsbildung irrelevant. Die Ergebnisse dieser Simulation zeigen eindeutig, dass keine der möglichen Varianten des Wahlrechts die Fragmentierung hätte verhindern können. Auch im Falle des Mehrheitswahlrechts wäre, trotz erheblicher Deformierung des Wählervotums, keine stabile, regierungsfähige Mehrheit zu erwarten gewesen. Der Grund dafür liegt nicht in der Anzahl, sondern in der ideologischen und politischen Entfernung zwischen den einzelnen Parteien, der Polarisierung der politischen Bühne und der Meinungen der Menschen. In einer Situation, in der die Hoffnungen der meisten Menschen zum wiederholten Male von der Politik enttäuscht wurden, in der die Gesellschaft ökonomisch und politisch durch Gegensätze charakterisiert war, war die Atomisierung der Meinungen und ihre Projektion auf das politische System durch juristische Manipulation nicht abzuwenden.

Als letztes sollen die Konfliktlinien skizziert werden, die die Achsen der Kontroverse zwischen den Parteien vor der Wahl bestimmten. Die wichtigste dieser Linien war immer noch die Teilung in postkommunistische und post-*Solidarność*-Gruppierungen. Viele der Stimmen, die für die letztgenannten Parteien abgegeben wurden, waren als nochmaliges Votum gegen die Situation und die „personelle Kontinuität“ gemeint. Zu dieser Konfliktlinie kam noch die Frage nach der Abrechnung mit der kommunistischen Vergangenheit. Erbittert stritt man sich um die Überprüfung (*lustracja*,

⁵⁴ Die Berechnungen bei Markowski (2001: 9) sehen wie folgt aus: für 1991 - 13,86; 1993 - 9,8; 1997 - 4,59 und 2001 - 4,50).

⁵⁵ So zum Beispiel Zbigniew Brzeziński in *Gazeta Wyborcza* v. 23.10.1991.

⁵⁶ Für die Varianten mit unterschiedlichen Hürden (3 Prozent, 5 Prozent oder 10 Prozent auf der Ebene des Wahlkreises sowie landesweit beim Verhältniswahlrecht ausgerechnet nach der Hare-Niemeyer-, Sainte-Lague- und d'Hondt-Methode, sowie nach Mehrheitswahlrecht, siehe: Gebethner 1993: 169-192.

lustration politics) öffentlicher Personen hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten des alten Regimes und um die sogenannte „Dekommunisierung“ der Strukturen des Staates.

Eine große Rolle spielte das konfessionelle *cleavage*. Die Offensive der Kirche im öffentlichen Leben (fundamentalistische Haltung in der Frage des absoluten Abtreibungsverbotes, Einführung des Religionsunterrichts in den Schulen, Eigentumsansprüche der katholischen Kirche bezüglich ihrer alten Güter) provozierte eine starke antiklerikale Stimmung hervor. Andererseits rief die massenhafte Verbreitung der „westlichen“ (Un)Kultur (Gewalt, Sexszenen im Fernsehen, Entstehung von Tausenden von Sexshops, Verbreitung von Pornographie) die Hüter der öffentlichen Moral auf den Plan. Die Befürworter einer Trennung von Kirche und Staat – vor allem der KLD und die UD – hielten sich in der Kritik klerikaler Tendenzen sehr stark zurück. Auch katholische Befürworter eines säkularen Staates wollten nicht in den Geruch des Un-Polnischen und Un-katholischen, wenn nicht gar des „Jüdischen“, des „Freimaurertums“, der „Dekadenz westlichen Unglaubens“ geraten. Ob sich diese Vorsicht ausgezahlt hat, ist fraglich, denn die SLD, die am konsequentesten gegen das geplante Abtreibungsgesetz auftrat, konnte bei den Wahlen als neue Klientelgruppen Intellektuelle und Frauen gewinnen. Ökonomische Fragen wurden ebenfalls intensiv diskutiert. Die unterschiedlichen Meinungen betrafen vor allem das Tempo der wirtschaftlichen Reformen und der Privatisierung sowie die Rolle des Staates in der Phase der ökonomischen Transformation.

Zum Schluss soll auf die Kontroverse zwischen den Anhängern der Zivilgesellschaft, wie sie in den westlichen Demokratien existiert und den nationzentrischen Traditionalisten hingewiesen werden. Von vielen wurde diese Konfliktlinie als der grundlegende Streit über die Zukunft Polens verstanden. Die Intensität dieser Auseinandersetzung war aber durch andere Faktoren überlagert. Der Streit war gewissermaßen der Hintergrund, vor dem andere Fragen diskutiert wurden. Dieses Problem steht in engem Zusammenhang mit dem Anliegen dieser Arbeit und wird in den nachfolgenden Kapiteln ausführlich behandelt.

Die Wahl von 1991 hatte eine fundamentale Bedeutung für die weitere Entwicklung des Parteiensystems. Einerseits förderte sie die Fragmentierung und Polarisierung des Parteienspektrums im Parlament. Diese war aber keine Folge des Wahlrechts, sondern eine Folge der Atomisierung und Polarisierung der polnischen Politik vor der Wahl. Andererseits trug die Wahl zur Konsolidierung des polnischen Parteiensystems bei, indem sie auf demokratischem Wege (durch Wählerentscheidung und nicht durch prozedurale Manipulation) die überwältigende Mehrheit von Parteien, Gruppen und Grüppchen von der politischen Bühne „wegfegte“. Erst nach dieser Wahl kam die Zeit für eine Korrektur der Wahlordnung im Sinne der weiteren Konsolidierung des Parteiensystems.

2.4. Die Parlamentswahlen 1993

Die Wahlperiode des ersten frei gewählten Parlaments, die von extremer politischer Instabilität geprägt war,⁵⁷ wurde von Präsident Wałęsa gemäß seinen Rechten, die in der „Kleinen Verfassung“⁵⁸ festgeschrieben waren, nach dem Misstrauensvotum gegen die Suchocka-Regierung unterbrochen. Die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen erfolgte, nachdem der Sejm in seiner letzten Handlung die neue Wahlordnung gebilligt hatte. Die Wahlen zum Senat sollten nach der alten Ordnung abgehalten werden. Das neue Wahlrecht wurde so konstruiert, dass es große Gruppierungen bevorzugt und klare Verhältnisse im Parlament schafft.⁵⁹ Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, wurden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Es wurde eine Schwelle von fünf Prozent für Parteien und acht Prozent für Koalitionen aus mehreren Gruppierungen eingeführt. Die Prozenzhürde bezieht sich auf den landesweiten Anteil an den abgegebenen Stimmen.
2. Die Vergabe der 69 Plätze für die Landeslisten betrifft nur die Parteien, die mit der Unterstützung von mehr als sieben Prozent der Wähler in den Sejm eingezogen sind.
3. Die Verteilung der Mandate erfolgt nach der d'Hondt-Methode, die die stärksten Parteien präferiert (vgl. Nohlen 1990, Nohlen/Kasapovic 1996).

Diese Veränderungen sollten die weitere Konsolidierung des Parteiensystems fördern, eine größere Übersichtlichkeit der Situation im Sejm und eine einfachere Koalitionsbildung gewährleisten. Zu weiteren Neuerungen in der Wahlordnung gehörte die Neuaufteilung der Wahlkreise von 37 auf 52 (an die Anzahl der Wojewodschaften angelehnt). Um eine Liste in einem Wahlkreis aufzustellen, bedurfte es 3000 Unterschriften. Für die landesweite Registrierung musste die Anmeldung in der Hälfte aller Wahlkreise erfolgt sein. Von dieser Pflicht waren alle Gruppierungen befreit, die am Tag der Auflösung des Parlaments über mindestens 15 Abgeordnete im Sejm verfügten.

Die Situation auf der politischen Bühne am Vorabend der Wahlen unterschied sich erheblich von der Lage 1991. Im Sejm erfolgten mehrere Umbildungen, Sezessionen und Fusionen. Auch der Charakter bestimmter Parteien wandelte sich im Laufe der I. Legislaturperiode.⁶⁰ Die größte Veränderung ergab sich nach der Absetzung der Olszewski-Regierung. Die wichtigsten Kräfte der

⁵⁷ In knapp zwei Jahren wählte der Sejm drei Premierminister unterschiedlicher Parteizugehörigkeit sowie zwei verschiedene Regierungen. Keiner der Ministerpräsidenten konnte sich während seiner Zeit auf solide Parlamentsmehrheiten stützen, vgl. Anhang B.

⁵⁸ Dies ist eine gängige Bezeichnung für das Verfassungsgesetz v. 17.10.1992 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Exekutive und der Legislative der Republik Polen sowie die territoriale Selbstverwaltung, veröffentlicht im *Gesetzblatt* Nr. 84 v. 23.11.1992, Pos.426. Die neue Verfassung Polens wurde von Sejm erst am 2. April 1997 verabschiedet.

⁵⁹ Siehe: *Rzeczpospolita* v. 3.06.1993. Für Zusammenfassung und Analyse der Bestimmungen, vgl.: Louisa Vinton: *Poland's New Election Law: Fewer Parties, Same Impasse?*. In: Radio free Europe/RL research Nr. 28 v. 9.07.1993: 7-17.

⁶⁰ Als Symbol für das erste völlig frei gewählte Parlament der III. Republik wurde 1991 mit der Numerierung der Wahlperioden neu begonnen.

Regierungskoalition waren die Fraktionen der POC, der ZChN und der PL. Mit der Zeit verringerte sich nicht nur die Unterstützung anderer Gruppierungen für die Regierung, sondern es entstanden auch wichtige Differenzen zwischen den Mitgliedern der Regierung und ihren Parteikollegen.

Die Regierung wurde letztlich am 4. Juni 1992 wegen der Veröffentlichung nicht überprüfter Agentenlisten, auf denen sich viele Vertreter der Opposition und auch Präsident Wałęsa befanden, gestürzt. Die Olszewski-Fraktion verließ die POC und andere Radikale trennten sich von der ZChN. So kam es zur Bildung der Bewegung für die Republik Polen (Ruch dla Rzeczypospolitej – RdR) von Jan Olszewski. In diesem Spektrum entstanden mehrere Splittergruppen, die alle die Offenlegung von Akten der Geheimdienste und Entfernung der Kommunisten aus allen öffentlichen Positionen (Dekommunisierung) forderten. Auch das offen feindliche Verhältnis zum Präsidenten verband sie, obwohl all diese Parteien bzw. ihre organisatorischen Vorgänger 1990 zum Wałęsa-Lager gehört hatten. Im November 1992 war die seit Mitte der 80er Jahre existierende Polnische Unabhängigkeitspartei (Polska Partia Niepodległościowa - PPN) von Romuald Szeremietiew zur RdR gestoßen. Im Juni 1993 trat die von Antoni Macierewicz gegründete christlich-nationale Bewegung Polnische Aktion (Akcja Polska - AP) bei.

Zu den Septemberwahlen 1993 bildeten sie zusammen mit den anderen kleinen Parteien und der Gewerkschaft *Solidarność 80* sowie der Gruppierung *Ojcowizna* von Roman Bartoszcze ein Wahlbündnis unter dem Namen Koalition für die Republik (Koalicja dla Republiki - KdR). Das Bündnis erreichte jedoch nur 2,7 Prozent der Stimmen. Die Wahlniederlage der Koalition für die Republik besiegelte vorerst die Zersplitterung des rechten politischen Lagers. Zuerst verließ die Gruppe um Antoni Macierewicz die RdR wieder und reaktivierte die Polnische Aktion. Szeremietiew's Rochaden innerhalb der Partei führten letztlich zur deren Spaltung. Seine RdR - *Obóz Patriotyczny* (Patriotisches Lager) unterschrieb später die Gründungserklärung der Wahlaktion *Solidarność AWS*. Olszewski gründete im Juni 1996 nach seiner Niederlage als Kandidat zur Präsidentschaftswahl im November 1995 und dem mißgelungenen Versuch der Vereinigung des rechten politischen Spektrums⁶¹ die Bewegung für den Neuaufbau Polens (Ruch Odbudowy Polski – ROP), die nicht zur neugegründeten Wahlaktion *Solidarność* gehörte.

Die einzige völlig neue Gruppierung war der parteilose Block zur Unterstützung der Reformen (Bezpartyjny Blok Wspierania Reform – BBWR). Er entstand bald nach der Auflösung des Parlaments auf Initiative Präsident Wałęsas. Die Idee und der Name entspringen der patriotisch-antiparteiischen Tradition des BBWR von Marschall Józef Piłsudski.⁶² Wałęsa wollte mit dieser Initiative die politikmüden und den Parteien kritisch gegenüberstehenden Menschen erreichen. Nach Aussagen von Wałęsa sollte dieser Block auf "vier Beinen" stehen, mit anderen Worten vier gesellschaftliche

⁶¹ Eine Reihe von Wissenschaftlern sieht in der Gründung dieser Klubs die Absicht, eine Mischung aus Partei und sozialer Bewegung aufzubauen, derer man sich bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1995 bedienen könnte, vgl. Wesolowski 1995: 312.

⁶² Józef Piłsudski - polnischer Marschall und Staatsmann in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Die Verehrung Piłsudskis (1867-1935) erlebte unter dem Einfluss der *Solidarność* seit den 80er Jahren eine derartige Renaissance, daß der erste Marschall Polens noch immer einen zentralen Platz im historischen Bewusstsein vieler Polen einnimmt. Die Wurzeln hierfür liegen im Piłsudski-Kult zwischen 1926 und 1939, der nicht nur die Essenz der Ideologie des herrschenden Regimes der *Sanacja* bildete, sondern dadurch auch zu einem zentralen Element der politischen Kultur der Zweiten Republik wurde.

Gruppen repräsentieren: Arbeiter, Unternehmer, Bauern und Repräsentanten der territorialen Selbstverwaltung. Darüber hinaus sollte er ein Vehikel für neue Gesichter auf der politischen Bühne sein. Zu diesem Zweck gewann er neue Personen und erfand einige popul(istische)äre Losungen.⁶³ Unter Führung von Andrzej Olechowski⁶⁴ wurde die Linie der wirtschaftlichen Kontinuität sichtbar. Olechowski trat für eine Beschleunigung der Privatisierung ein. Sehr schnell verzichtete auch Wałęsa auf die persönliche Patronage über diese Gruppierung (zumindest verbal). Nachdem der BBWR nur 5,41 Prozent der Stimmen (16 Mandate im Sejm) erzielt hatte, trat Olechowski aus dem BBWR wieder aus. Die Wahlniederlage Wałęsas im Präsidentschaftswahlkampf 1995 führte zur endgültigen Desintegration des BBWR. Ein Teil des BBWR trat der AWS bei, ein anderer Teil ging zur Christlichen Demokratie der Dritten Republik (Chrześcijańska Demokracja III Rzeczpospolitej - ChD III RP) von Lech Wałęsa.

Als außerparlamentarische, radikal-populistische Gruppierung wurde die Bauerngewerkschaft Samoobrona RP (Selbstverteidigung) unter der charismatischen Führung von Andrzej Lepper bekannt. Sie entstand am 10. Januar 1992 als eine Gewerkschaft der Landwirte und war ursprünglich ein Gemeinde-Komitee von verschuldeten Bauern aus der Region Darłowo. Damit strebte sie zuerst nicht danach, alle Bauern zu vertreten (dieses Monopol reklamierte die PSL für sich). Sie veranstaltete Straßenblockaden, Besetzungen von öffentlichen Gebäuden sowie Märsche mit emporgereckten Sensen, um auf die in ihren Augen gefährdete polnische Landwirtschaft öffentlich aufmerksam zu machen. Gleichzeitig gehörten aber auch katastrophisch-xenophobe Vorstellungen zu ihrem Repertoire.

Im Vergleich zu der organisatorischen Fragmentierung des *Solidarność*-Lager boten die postkommunistischen Parteien ein weit geschlosseneres Bild. Die PSL hatte in den Kleinbauern eine feste Wählerklientel und richtete ihr Programm danach aus. Die SdRP trat mit der Gewerkschaft OPZZ und 26 anderen postsozialistischen Organisationen unter der SLD an.

Im Wahlkampf 1993 waren die Konfliktlinien zwischen den Parteien übersichtlicher und ihre Positionen für die Wähler einfacher nachzuvollziehen. In der Zwischenzeit hatte sich die soziale Lage breiter Schichten der Bevölkerung verschlechtert. Die wirtschaftlichen Probleme wirkten sich, trotz des sich 1993 abzeichnenden Wachstums, negativ auf die Situation des Staatshaushalts aus (Kolodko 1993). Dieser Zustand wurde vor allem der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik von Balcerowicz zur Last gelegt.⁶⁵ Das Ergebnis war eine kritische Einstellung der Mehrheit der

⁶³ Für Zwecke des Wahlkampfes wurde die alte Losung der 100 Millionen Zloty für jedermann mit großer Mühe zur Konzeption eines billigen Kredits von 300 Millionen zur Nutzung als Privatisierungskapital umfunktioniert. Leere Versprechungen, später gab es deswegen Gerichtsverfahren gegen Wałęsa.

⁶⁴ Andrzej Olechowski – Wirtschaftswissenschaftler, war bereits in den 70er Jahren im Ausland tätig (bei der Weltbank in Washington und in Genf bei der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) 1987 kehrte er als Berater des Präsidenten der polnischen Nationalbank nach Warschau zurück und koordinierte in leitender Funktion die Verbindungen der polnischen Nationalbank zur Weltbank. Ab 1989 war er stellvertretender Vorsitzender der polnischen Nationalbank, später unter anderem als Finanz- und Außenminister Mitglied verschiedener Regierungen, 2001 Mitgründer der PO.

⁶⁵ ZU den verschiedenen Aspekten der Kritik des neoliberalen Wirtschaftskurses während der Systemtransformation und Auswirkungen auf die polnische Gesellschaft siehe: Wiatr 1994.

Gesellschaft und fast aller Parteien zu dem seit 1989 eingeschlagenen Reformkurs. Die Wirtschaft stand allerdings auch im Mittelpunkt des Wahlkampfes der Parteien, die diesen Kurs unterstützten. Auch Bereiche wie Außenpolitik oder Dekommunisierung wurden unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Folgen betrachtet. Außer der Kontroverse um das Tempo und die Lasten der Wirtschaftsreformen waren vor allem Fragen über die Rolle der katholischen Kirche und die Einschätzung der vierzig Jahre Volksrepublik Polen bei der Wahl von Bedeutung.

Da das nunmehr geltende Mehrheitswahlrecht größere Parteien begünstigte, kleinen Parteien dagegen den Einzug in das Parlament versperrte, errangen die Allianz der Demokratischen Linken - SLD und die Polnische Bauernpartei - PSL zusammen etwa 60 Prozent der Sitze, obwohl sie nur 36 Prozent der Stimmen auf sich vereinten. Damit hatten die halbreformierten Parteien des alten Regimes die Macht zurückerobert. Der gewählte Sejm wurde durch eine rot-grüne⁶⁶ Koalition (303 von 460 Mandaten) dominiert. Die Parlamentsmehrheit (SLD, PSL und UP verfügten zusammen über 347 Mandate, was 77 Prozent entspricht) war so stark, dass sie mühelos ein Veto des Präsidenten entkräften konnte, was während der Legislaturperiode dieses Parlaments mehrmals geschah (vgl. : Tabelle 3).

Keine christlich-konservative Gruppierung schaffte den Einzug in den Sejm. Wie an der Summe der Stimmen, die sie erhalten haben, eindeutig abzulesen ist, lag es nicht an der generellen Ablehnung der Ziele und Wertvorstellungen dieser Parteien (katholische Gesinnung, Antikommunismus, Lustration und Dekommunisierung, Traditionalismus und Nationalismus). Der Grund für die Niederlage war die Unfähigkeit dieser Gruppierungen (ZChN, PC, RdR, UPR, NSZZ *Solidarność* und drei in der Koalition mit der ZChN auftretende kleine Parteien PK, PChD und SLCh), eine große Mitte-Rechts-Koalition zu bilden. Das gleiche Problem wurde dem KLD zum Verhängnis, der trotz absoluter programmatischer Ähnlichkeit und politischer Nähe keine Koalition mit der Demokratischen Union eingegangen ist. Vor dieser Erkenntnis verschlossen sich die Parteien nicht. Kurz nach der Wahl wurden Einigungsbemühungen unternommen, was sich in der Wahl von 1997 als Erfolg erwies. Die UD schlug dem KLD eine Vereinigung zu einer bürgerlichen Partei vor. Nach lebhafter Diskussion erfolgte die Parteigründung im April 1994 unter dem Namen Freiheitsunion (Unia Wolności - UW).

Auch die katholischen und national-katholischen Parteien gingen nach ihrer Wahlniederlage Verbindungen ein. Auf dem rechten Spektrum entstanden weitere Koalitionen. Am 11. November 1993 verbanden sich die Christlich-Demokratische Partei - PChD, die Konservative Partei – PK, die Christliche Bauernpartei – SLCH und die Union der Realpolitik – UPR zu einer Programmgemeinschaft namens Übereinkunft des 11. November (Porozumienie 11 Listopada). Sie ist konservativ-liberal. Mit einer eher langfristig gedachten politischen Strategie wollte sie Personen gewinnen, die an kulturellen Traditionen und katholischen Werten festhalten und gleichzeitig für

unbegrenzte Eigentumsrechte eintreten wollen.⁶⁷ Die wichtigsten Ziele der Programmgemeinschaft waren Verteidigung traditioneller Werte, die Prinzipien des Machtgleichgewichts, das Privateigentum und die freie Entfaltung wirtschaftlichen Handelns, das nicht durch hohe Steuern eingeschränkt wird.

Tabelle 3: Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 19.09.1993

PARTEI	Stimmenanteile (in Prozent)	Mandate
SLD Allianz der Demokratischen Linken	20,4	171
PSL Polnische Bauernpartei	15,4	132
UD Demokratische Union	10,6	74
UP Arbeitsunion	7,3	41
KPN Konföderation Unabhängiges Polen	5,7	22
BBWR Parteiloser Block zur Unterstützung der Reformen	5,4	16
MN Deutsche Minderheit	0,6	4
KKW Katholisches Wahlkomitee - <i>Vaterland</i> ¹	6,4	-
„S“ Solidarität	4,9	-
PC-ZP Zentrumsallianz - Polnische Vereinigung	4,4	-
KLD Liberal-Demokratischer Kongress	4,0	-
UPR Union der Realpolitik	3,2	-
Samoobrona Selbstverteidigung	2,8	-
Partei „X“	2,7	-
KdR Koalition für die Republik Polen	2,7	-
PL Bauernallianz	2,4	-
Andere ²	1,1	-
Gesamt	100	460

Quelle: <http://wybory.pkw.gov.pl> (12.12.2001), Grotz 2001.

Anmerkungen: ¹Das Katholische Wahlkomitee – *Vaterland* (*Katolicki Komitet Wyborczy – Ojczyzna*) war ein Bündnis des ZChN, der PK, der PChD und der SLCh, für das die höhere Sperrklausel von 8 Prozent galt. ²Unter „Andere“ sind diejenigen Parteien subsumiert, auf die jeweils weniger als 1 Prozent der nationalen Stimmenanteile entfiel.

Nach langen Gesprächen und Verhandlungen kamen im Juni 1994 weitere Zusammenschlüsse zustande. Die Allianz für Polen (*Przymierze dla Polski*) umschloss u.a. die Christlich-Nationale Vereinigung - ZChN, die Zentrumsallianz - PC, die Bauernallianz - PL und die Bewegung für die Republik – RdR. Der dafür verantwortliche „Architekt“ war Jarosław Kaczyński, der Chef der PC. Dieses Bündnis unterschied sich in seinem Wesen von den anderen Koalitionen durch eine stärkere

⁶⁶ Es muß daran erinnert werden, dass „Grün“ hier für die *Polnische Bauernpartei*– PSL steht, eine typische Bauernpartei.

⁶⁷ Für die Selbstdarstellung der oben genannten Koalitionen siehe: *Gazeta Wyborcza* v. 27.12.1993: 9; v. 29.12.1993: 12 und v. 30.12.1993: 10.

katholische, antikommunistische und nationalistische Ausprägung. Die ökonomisch liberalen Punkte standen dagegen nicht im Vordergrund.

Die Tatsache, dass die Kommunalwahlen vom 19. Juni 1994 eine ausgeglichene Stimmenverteilung zwischen den postkommunistischen, sozialliberalen und konservativ-nationalen Parteien hervorbrachten, und dass diese drei Blöcke daraufhin auf lokaler Ebene miteinander koalitierten, wurde bereits als Indiz für eine zunehmende Normalisierung (Jasiewicz 1995a: 457) der polnischen Parteiensystementwicklung gewertet. Die Depolarisierung und die Konzentrationstendenzen auf Elitenebene hielten jedoch nur bis zu den folgenden Präsidentschaftswahlen an.

2.5. Die Präsidentschaftswahlen 1995

Für die zweiten Präsidentschaftswahlen am 5. November 1995 wurden 17 von 31 Bewerbern zugelassen. Dies reflektierte weniger politisch-institutionelle Defizite⁶⁸ als vielmehr den Umstand, dass sich zahlreiche relevante Parteien nicht auf gemeinsame Kandidaten hatten verständigen können (Grotz 2000: 163). Geremek's Vorschlag, Lech Wałęsa als Präsidentschaftskandidaten aller Post-*Solidarność*-Gruppierungen aufzustellen, stieß bei den meisten Adressaten auf wenig Resonanz, insbesondere wegen des polarisierenden Politikstils des amtierenden Staatsoberhauptes. Infolge dessen gab es unmittelbar vor den Wahlen sieben ernstzunehmende Präsidentschaftskandidaten, die sich im Wahlkampf scharf voneinander abzugrenzen versuchten (Juchler 1996: 270). Auf der linken Seite bot sich ein ähnliches Bild (Tworzecki 1996a: 406). Viele im Mitte-Rechts-Lager wollten einen eigenen Kandidaten, der nur nicht Wałęsa heißen durfte; außer der SLD - wollten fast alle anderen die Wahl Kwaśniewski verhindern (Dziemidok in Ziemer 2000: 168).

Aus dem ersten Wahlgang gingen Wałęsa und Kwaśniewski mit nur geringem Abstand als die zwei Bestplatzierten hervor und qualifizierten sich damit für die Stichwahl (vgl. Tabelle 4). Das erfolgreiche Abschneiden Wałęsas kann man auf seine taktisch geschickte Wahlkampagne, die zwischen einem inhaltlich moderaten Programm und einer scharfen Ablehnung des Kommunismus oszillierte, zurückführen. Er zeigte sich als „alleiniger Retter vor einer Rückkehr zum Kommunismus“ (Jasiewicz 1997a: 160). So gelang es ihm diejenigen Wähler anzusprechen, die Vorbehalte gegen eine dominante Machtposition der postkommunistischen SLD hatten. Damit polarisierte er den Wahlkampf auf die Alternative altes, kommunistisches Regime versus neues, demokratisches Polen (Ziemer 2000: 168). Aus der entscheidenden zweiten Wahlrunde ging jedoch Kwaśniewski, der einen

⁶⁸ Es wurden auch die „zu liberale“ Bewerbungsbedingungen kritisiert, die dann die Fragmentierung und damit die Unübersichtlichkeit der Kandidaturebene verstärkt haben (Juchler 1996: 268f).

Wahlkampf nach US-amerikanischer Art führte und sich offen und zukunftsorientiert gab, als Sieger hervor.⁶⁹

Tabelle 4: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 5. und 19.11.1995

KANDIDAT (PARTEI)	1. Wahlgang (64,7 Prozent) ¹	Wahlgang (68,2 Prozent)
Aleksander Kwaśniewski (SLD) ²	35,1	51,7
Lech Wałęsa	33,1	48,3
Jacek Kuron (UW)	9,2	-
Jan Olszewski	6,8	-
Waldemar Pawlak (PSL)	4,3	-
Tadeusz Zielinski (UP)	3,6	-
Hanna Gronkiewicz-Waltz	2,8	-
Janusz Korwin-Mikke (UPR)	2,4	-
Andrzej Lepper (Sammobrona)	1,3	-
Jan Pietrzak	1,1	-
Tadeusz Koźluk	0,2	-
Kazimierz Piotrowicz	0,1	-
Leszek Bubel	0,0	-
Gesamt ³	100	100

Quelle: <http://www.abc.wp.pl/prezydent/wybory1995.html> (12.12.2001).

Anmerkungen: ¹Die Prozentangaben in Klammern geben die jeweilige Wahlbeteiligung an. ²Die Parteizugehörigkeiten sind nur dann vermerkt, wenn die Kandidaten auch offiziell unter dem Label antraten. ³Die einzelnen Prozentanteile beziehen sich auf die Summe der gültigen Stimmen.

Die Präsidentschaftswahlen hatten erheblichen Einfluss auf die Struktur des politischen Wettbewerbs in Polen. Abgesehen von der beträchtlichen Mobilisierung der Wählerschaft hatte der Zweikampf zwischen dem ehemaligen *Solidarność*-Führer und dem postkommunistischen Kandidaten zum einen die strukturierende Kraft des historisch-politischen Gegensatzes zwischen „alten“ und „neuen“ Eliten deutlich gezeigt und zum anderen die rechte Szene des politischen Spektrums mobilisiert. Nachhaltigere Auswirkung auf die Struktur des politischen Wettbewerbs hatten vor allem zwei Neuformierungen unter den außerparlamentarischen Parteien. Einerseits rekonstruierte Jan Olszewski, der sich durch sein relativ erfolgreiches Abschneiden bei den Präsidentschaftswahlen bestätigt sah, seine national-konservative Partei unter dem Namen Bewegung zum Wiederaufbau Polens (ROP), die sich schnell im politischen Wettbewerbsspektrum positionieren konnte. Andererseits vereinigten sich 39 Parteien, Gewerkschaften, Institute und andere politische

⁶⁹ Die Polarisierung anhand der beiden historisch-politischen Identitäten fand offensichtlich auch auf der Wählerebene ihren Niederschlag. Wahlsoziologischen Analysen zufolge zeigten sich etwa keine signifikanten Zusammenhänge zwischen gängigen soziostrukturellen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Erziehung, Beruf etc.) und der Wahlentscheidung für einen der beiden Kandidaten (Tworzecki 1996a: 74), vgl. auch Markowski 2003.

Institutionen unter Führung der Gewerkschaft *Solidarność* zur Wahlaktion Solidarität (Akcja Wyborcza *Solidarność* - AWS).

In der AWS waren die wichtigsten Parteien neben der *Solidarność* die Christliche Demokratie – ChD, die Konföderation Unabhängiges Polen – KPN, die Partei Christlicher Demokraten – PChD, die Zentrumsallianz – PC, die Bewegung 100 und die Christlich-Nationale Vereinigung – ZChN. Da in der Wahlaktion *Solidarność* viele politische Strömungen vertreten waren, bewegte sie sich im Spannungsfeld zwischen christlich-sozialem und nationalistischem Flügel. Es waren aber auch Gewerkschafter und Liberale vertreten. Daher sprach sich die AWS auf der einen Seite für eine Dominanz des Privateigentums und des freien Marktes aus und trat für strenge Haushaltsdisziplin und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ein. Auf der anderen Seite befürwortete sie staatsinterventionistische und industriepolitische Mittel, um die Anpassungsfähigkeit der polnischen Wirtschaft zu erleichtern und für ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit zu sorgen. Neben nationalen Forderungen hielt sie eine Annäherung an Europa – verstanden als „Europa der Heimatländer“ - durchaus für notwendig.

Angesichts dieser Konstellation war in Polen eine andere Gestaltung der politischen Landschaft als in anderen osteuropäischen Ländern möglich. Wirtschaftsliberale und sogar Befürworter einer europäischen Integration konnten in eine Koalition mit rechtsgerichteten Nationalisten und Christen eintreten. Der Sieg der postkommunistischen Parteien bei den Parlamentswahlen von 1993 hat sich deshalb als kurzlebig erweisen, da die liberalen, nationalen und religiösen Rechten tatsächlich ihre Kräfte vereinten. Für das hier gestellte Thema ergibt sich daraus eine wichtige Feststellung: Auf der organisatorischen Ebene sind Anfänge einer Integration des Parteienspektrums hin zu größeren Blöcken zu beobachten, die einerseits durch den Sieg der postkommunistischen Parteien von 1993, andererseits durch ideologische Annäherung der Parteien in der Phase der Konsolidierung möglich geworden waren.

2.6. Die Parlamentswahlen 1997

Im Vorfeld der Wahlen hatten sich sechs relevante politische Gruppen gebildet und positioniert, die sich - mit Ausnahme der UP - klar zwei Lagern zuordnen ließen: dem regierenden postkommunistischen und dem oppositionellen Post-*Solidarność*-Lager.⁷⁰ Die zwei Hauptrivalen - die SLD und die AWS - die in den Umfragen im Herbst 1997 etwa gleich gut abgeschnitten hatten, lagen mit rund einem Viertel der Wähler deutlich vor allen anderen Parteien. Der „geschlagene Gewinner“ (Blumenthal 1997:3) der Wahlen war die SLD. Mit 27,13 Prozent der Wählerstimmen konnte sie im

⁷⁰ Die Kräfteverhältnisse der Parteien vor den Wahlen - detaillierte Darstellung siehe: Juchler 1997, Freudenstein 1997.

Vergleich zur vorangegangenen Wahl zwar fast sieben Prozent hinzugewinnen, wurde aber von der Regierungsbank auf die Oppositionsplätze verwiesen.

Die SLD stellte ihre erfolgreiche Regierungspolitik, insbesondere die positive Entwicklung der Wirtschaft sowie außenpolitische Erfolge (NATO und EU), in den Vordergrund. Sie konnte sich in der Wählergunst durchaus gut halten, stand jedoch in der Parteienszene isoliert da. Die potentiellen Koalitionspartner UW und UP lehnten eine Zusammenarbeit ab und vom eigenen Koalitionspartner PSL wurde sie häufig attackiert. Unruhe brachte zudem kurz vor der Wahl die harsche Kritik am SdRP-Vorsitzenden, dem ehemaligen Premier Józef Oleksy, aus den eigenen Reihen. Das bis dahin geschlossene Bild der Partei zerbrach (Juchler 1997: 150-152).

Der AWS gelang es, das breite und entsprechend heterogene mittlere Spektrum der rechten Opposition zwischen der radikaleren ROP auf einer Seite und der UW auf der anderen Seite zu besetzen. Ihr Auftreten suggerierte eine Geschlossenheit, die im Widerspruch zu ihrer faktischen Heterogenität stand. Sie konzentrierte sich im Wahlkampf auf oberflächliche Aussagen zur Wirtschaftsreform und betonte den Widerstand gegen Korruption und Vetternwirtschaft der Postkommunisten. In erster Linie aber setzte die AWS auf familienfreundliche Rhetorik und den Schutz nationaler, christlicher Werte (Freudenstein 1997:50).

Die Freiheitsunion entwickelte sich zu einer straff geführten Partei der Intelligenzschicht Polens mit einer Vielzahl dynamischer, junger Leute. Am deutlichsten von allen Gruppierungen trat sie für eine beschleunigte Wirtschafts- und Bildungsreform, für die Dezentralisierung und den Beitritt Polens zur EU ein. Die ROP hingegen war in ihrer Rhetorik streng nationalistisch und antikommunistisch. Im Wahlkampf präsentierte sie sich mit populistischen Slogans, die sich an die „Verlierer der Wende“ richteten. Nichts desto trotz musste sie eine Niederlage einstecken und kam nur mit sechs Mandaten ins Parlament. Es gab nun mit der ROP, der AWS und der UW praktisch nur noch drei wichtige Oppositionsgruppierungen rechts der Mitte bzw. in der Mitte, die alle aus dem alten *Solidarność*-Lager stammten (Juchler 1997: 149).

Links der Mitte existierte nur eine einzige Oppositionspartei, die sozialdemokratisch orientierte Arbeitsunion – UP. Sie verstand sich als eine moderne, sozialdemokratische Partei nach westlichem Muster; als eine Art polnische "Labour-Party". In erster Linie sammelten sich in ihr die linksdemokratischen Kräfte der *Solidarność*-Bewegung. Sie stand daher historisch-traditionell in Opposition zur SLD und deren Bündnispartnern. Da sie aber zur Linken gehörte, waren auch die meisten Gruppen des Post-*Solidarność*-Lagers für sie keine potenziellen Kooperationspartner. 1993 lehnte sie die Angebote, sich an der Regierung von PSL und SLD zu beteiligen, ab. Bei den Wahlen 1997 konnte die Partei die Fünf-Prozent-Hürde nicht mehr überspringen und war bis 2001 nicht mehr im Parlament vertreten. Eine spezifische Stellung nahm die Bauernpartei ein, der Koalitions- und Regierungspartner der SLD. Sie wies eine gemäßigt national-traditionalistische Orientierung auf, wobei in wirtschafts- und sozialpolitischen Belangen vorwiegend egalitärpopulistische Positionen parallel vertreten wurden.

Der Sieg der AWS als stärkste politische Formation war schon am Abend des 21. September unumstößlich klar. Bei einer Wahlbeteiligung von 47,9 Prozent bekam die AWS 201 Mandate in Sejm (33,9 Prozent), ihr Gegner - SLD errang 164 Sitze (27,1 Prozent), UW - 60 Mandate (13,4 Prozent),

PSL - 27 Mandate (7,3 Prozent), ROP - sechs Mandate (5,6 Prozent) und MN - zwei Mandate (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 24.09.1997

PARTEI		Stimmenanteil (in Prozent)	Mandate
AWS	Wahlaktion <i>Solidarność</i>	33,8	201
SLD	Allianz der Demokratischen Linken	27,1	164
UW	Freiheitsunion	13,4	60
PSL	Polnische Bauernpartei	7,3	27
ROP	Bewegung für den Aufbau Polens	5,6	6
MN	Deutsche Minderheit	0,6	2
UP	Union der Arbeit	4,7	-
KPEiR	Landespartei der Rentner und Pensionäre	2,2	-
UPR	Union der Realpolitik	2,0	-
KPEiR RP	Landespartei der Rentner und Pensionäre der Republik Polens	1,6	-
BdP	Block für Polen	1,4	-
Andere		0,3	
Gesamt		100	460

Quelle: <http://wybory.pkw.gov.pl> (12.12.2001).

Anmerkungen: Unter „Andere“ wurden diejenige Parteien subsumiert, auf die weniger als 1 Prozent der nationalen Stimmenanteile entfielen.

Genauer betrachtet, lagen die Ergebnisse der Wahl zum Sejm nicht allzu weit von denen von 1993 entfernt. Der Stimmenanteil der AWS entsprach der damaligen Summe aller Parteien der Rechten (KPN, BBWR, ZChN, PC, PChD etc.). Die UW wiederum hatte mit ihren 13,4 Prozent nur unwesentlich weniger Stimmen als ihre Vorläuferparteien: UD und KLD. Einen echten Zugewinn gegenüber 1993 verzeichnete dagegen die SLD, die sich von etwas über 20 Prozent auf 27,1 Prozent verbesserte. Folgenreiche Verluste gab es dagegen bei der Union der Arbeit (UP), die diesmal den Einzug in den Sejm nicht schaffte, und bei der Bauernpartei (PSL), deren Stimmenanteil gegenüber 1993 mit 13 Prozent nun halbiert war.

Der tatsächliche Grund für den Wahlsieg der AWS lag in der Idee dieser Formation selbst. Das gemeinsame Agieren, die Unterordnung unter eine gemeinsame Führung, moderne Wahlkampfmethoden und das Ansprechen sehr heterogener Bevölkerungsgruppen – all dies führte zu einer enormen Mobilisierung der eigenen Wählerschaft, die übrigens erst in den letzten Wochen und Tagen vor der Wahl einsetzte. Der Grund für den relativen Erfolg der UW war vor allem in der seit Jahresbeginn 1997 gewachsenen Geschlossenheit der Partei, der Popularität ihres Vorsitzenden Leszek Balcerowicz und einer geschickt geführten Wahlkampagne zu suchen. Die PSL dagegen führte kaum Wahlkampf und ihr Verhalten als „Opposition in der Regierung“ während der gesamten Legislaturperiode wurde von den Wählern negativ sanktioniert. Die als arrogant empfundene Reaktion

der Regierung gegenüber den Opfern des Hochwassers in Polen im Juli 1997, kostete die SLD anfangs Sympathien in den Umfragen. Durch echte und mit der Zeit effektivere Bemühungen um Hilfeleistung bei der Beseitigung der Hochwasserschäden konnte die SLD aber verlorenes Terrain zurückgewinnen (Freudenstein 1997: 53). Der Machtwechsel in Polen fand also vor allem aufgrund der Einigkeit der Rechten und des Wegbrechens der beiden wahrscheinlichsten Koalitionspartner der SLD (PSL und UP) statt. Dramatische Wählerbewegungen hat es nicht gegeben. Das Parteienspektrum Polens war stabiler geworden. Nach der Wahl 1997 gab es damit im Sejm nur noch vier relevante politische Kräfte: Eine starke, disziplinierte Linke (SLD), eine noch stärkere, aber unerfahrene und weniger disziplinierte Rechte (AWS), eine ausbaufähige, modernitätsorientierte politische Mitte (UW) und eine Bauernpartei, die am klarsten einen starren Strukturkonservatismus verkörperte.

Die Wahlen 1997 waren ein klares Zeichen für eine verstärkte Polarisierung des politischen Spektrums. Die politische Landschaft bewegte sich ungeachtet einer starken Durchmischung von wirtschafts- und außenpolitischen Ansätzen in beiden großen Lagern auf eine Rechts-Links-Teilung zu. Paradigmatisch wurden aber eben nicht die zukunftsorientierten Themen der Struktur Polens im 21. Jahrhundert behandelt. Die Unterschiede waren vor allem in ideologischen Sphären und Weltanschauungen zu finden.⁷¹ Im Wahlkampf wurde wieder die Frage der Haltung zur kommunistischen Vergangenheit sowie die weltanschauliche Problematik des Verhältnisses von Kirche und Staat inklusive der Abtreibungsfrage angesprochen und in den Mittelpunkt gestellt. Segert (1997: 400) bemerkt es zurecht, dass:

die politischen Auseinandersetzungen in den osteuropäischen Parteiensystemen im wesentlichen wertgebundene Modernisierungskonflikte darstellen, die jedoch auf dem Boden jeweils spezifischer historischer Erfahrungen aus der vorkommunistischen und der kommunistischen Periode (...) ausgetragen werden.

Diese Tendenz der eigenen "Standortbestimmung" schien auch nach den Wahlen ein festes Element der politischen Bühne zu sein. Die Parteien in Polen haben sich weniger nach sozioökonomischen Interessen organisiert als nach bestimmten ideologisch-weltanschaulichen Einstellungen, wie der Haltung zur kommunistischen Vergangenheit und einer Rechts-Links-Identifikation. Dies spiegelte sich nach Juchler (1997: 155) in der Tatsache, dass es keine wesentlichen Unterschiede in der Sozialstruktur der Wählerschaft zwischen den Parteien gab. Das galt insbesondere für die Wähler der AWS und der SLD. Bei ihnen spielten die soziodemographischen Kriterien wie Bildung, Beruf oder Alter nur eine geringe Rolle. Die einzigen Ausnahmen sind die PSL und die UW: Die PSL stellt eindeutig eine Klientel-Partei (Bauern) dar; die UW ist eine Intellektuellen-Partei. Die geringe Korrelation von Parteipräferenz und soziodemographischen Kriterien war schon bei den vorherigen Wahlen auffällig.

⁷¹ Weil es äußerst bedeutend für die Ergebnisse dieser Arbeit ist, soll an dieser Stelle noch einmal auf die Wichtigkeit der Wertekonflikte als die relevanten Bestimmungsgrößen der Politisierung aufmerksam gemacht werden.

Die AWS und die SLD waren bis dahin lediglich potentielle Volksparteien und keine Parteien im westlichen Verständnis. Sie waren vielmehr Sammelsurien unterschiedlicher Kräfte. In beiden Konglomeraten gab es erhebliche Interessen- und Wertekonflikte (Blumenthal 1997: 7). Es bedurfte also noch großer Anstrengungen, die beiden wichtigsten politischen Kräfte weiter zu konsolidieren. Wichtige Schritte in diese Richtung wurden angegangen: So wurde im November 1997 unter dem Vorsitz von Marian Krzaklewski die Partei Soziale Bewegung AWS (Ruch Społeczny AWS) registriert. In diese durften nur Einzelpersonen oder Vereinigungen, nicht jedoch Parteien eintreten. Gerade für die kleineren Partner im Wahlbündnis stellte sich somit die Frage nach einer Selbstauflösung, um die erfolgreichen Konzentrationsprozesse zu steigern. Auch die SLD hat sich im April 1999 in eine Partei gleichen Namens umgewandelt (Allianz der Demokratischen Linken). Die SdRP zog im Juni 1999 endlich die Konsequenz aus ihrer kommunistischen Vergangenheit und löste sich selbst auf. Sie empfahl ihren Mitgliedern, der SLD beizutreten.⁷²

Noch immer waren Verhaltensweisen, die für eine moderne politische Kultur unerlässlich sind, nur unzureichend ausgeprägt. Der Respektierung des Meinungspluralismus, der Dialog- und der Kompromissbereitschaft wurden Teile der politischen Elite nicht gerecht. Dass politische Auseinandersetzungen in Polen meist nicht als Streit in der Sache, sondern als erbitterter Kampf verstanden wurden, erschwerte die Herausbildung einer stabilen, demokratischen Kultur maßgeblich.⁷³ Da es keinen gesellschaftlichen und politischen Konsens über den Begriff des Gemeinwohls gab, lag die Hemmschwelle zur Missachtung oder Infragestellung demokratischer Institutionen und Gepflogenheiten niedrig. Ihrer verfassungsmäßigen Aufgabe wurden die polnischen Parteien nur unzureichend gerecht. Häufig stand der bloße Machterwerb im Vordergrund (Mildenberger 1998a: 39ff).

Die gesamte Wahlperiode 1997 bis 2001 war durch diese Art von Auseinandersetzungen gekennzeichnet und zwar nicht nur zwischen den regierenden AWS-UW und der SLD-PSL Opposition, sondern auch innerhalb der Regierungskoalition, die letztlich daran zerbrach. Dass die lang anhaltenden Differenzen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik Schuld am Scheitern der Koalition hatten, ist unbestritten. Der Koalitionsbruch hätte jedoch verhindert werden können, wenn es nicht zu Konflikten weltanschaulicher und persönlicher Natur gekommen wäre. Das Ausscheiden (bereits im Sommer 1998) einer Reihe rechter Parlamentarier aus der Fraktion der AWS führte dazu, dass die Regierung mit einer stabilen Mehrheit im Parlament nicht mehr rechnen konnte, was wiederum wichtige Gesetzesvorhaben der Regierung zunichte machte (Tewes 2000: 1362). Die mit dem Wahlsieg der AWS verbundenen Hoffnungen auf eine Konsolidierung des Parteiensystems erfüllten sich nicht. Die Heterogenität der in der AWS vereinigten Gruppierungen war zu groß, als dass ihr Fraktionsvorsitzender Krzaklewski oder Premierminister Buzek sie hätte integrieren können (Ziemer 2000: 172).

⁷² Über die Selbstauflösung der SdRP, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17.6.1999, 6.

⁷³ So benutzte beispielsweise die AWS (damals außerparlamentarische Opposition) ihre Kritik am parlamentarischen Verfassungsentwurf zur Diskreditierung des Parlaments, um durch demonstrative Kompromisslosigkeit für sich selbst Kapital daraus zu schlagen.

2.7. Die Präsidentschaftswahlen 2000

Die Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2000 belegten erneut, dass das polnische Parteiensystem alles andere als konsolidiert war; sie wirkten als Katalysator für seine erneute Umstrukturierung (Ziemer 2000: 173). Bei den Präsidentschaftswahlen 2000 in Polen ist der amtierende Präsident Aleksander Kwaśniewski in seinem Amt bestätigt worden, was angesichts seiner hohen Popularität zu erwarten war.⁷⁴ Er erhielt 53,9 Prozent der abgegebenen Stimmen und hatte damit schon im ersten Wahlgang das Ziel seiner Wiederwahl erreicht. Weit abgeschlagen folgte der parteilose Kandidat Andrzej Olechowski, mit 17 Prozent und der Vorsitzende der Gewerkschaft *Solidarność*, Marian Krzaklewski mit nur 15,6 Prozent. Krzaklewski hatte einen „Denkzettel“ für seine evidente Führungsschwäche als Fraktionsvorsitzender und sein autoritäres Verhalten bekommen. Auch seine tendenziell national-klerikale Einstellung weckte bei Wählern der Mitte gewisse Vorbehalte. Der andere wichtige Grund für die verlorene Wählergunst der AWS, der noch deutlicher in den Parlamentswahlen 2001 wurde, war der Ärger vieler Bürger über die Beschwerden, die ihnen mit der Reform des Verwaltungsaufbaus bzw. der territorialen Selbstverwaltung sowie des Gesundheitswesens, der Krankenversicherung und des Rentensystems auferlegt wurden. Diese Erschwernisse resultierten nur zu einem geringeren Teil aus den notwendigen Härten, die Modernisierungen in der Anfangsphase oft mit sich bringen bevor sie die Lebensbedingungen verbessern, in der Hauptsache aber aus der Tatsache, dass diese Reformen dilettantisch vorbereitet und zu hastig umgesetzt wurden (Vetter 2001).

Ein anderer Verlierer dieser Wahlen war die katholische Kirche, die trotz der negativen Erfahrung von 1995, als eine Empfehlung des Klerus Lech Wałęsa mehr schadete als nützte, auch diesmal offen Position bezog: nun gegen Kwaśniewski. Die öffentliche Ablehnung der Parteinahme seitens der katholischen Geistlichkeit zeigte indes, dass der religiös-säkulare Gegensatz im postsozialistischen Polen nur bedingt politisierbar ist.⁷⁵

Lech Wałęsa, der ebenfalls wieder angetreten war, erhielt nur 0,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dies ist sehr bemerkenswert, denn nur fünf Jahre zuvor, damals selbst noch Präsident, lieferte er sich mit Kwaśniewski ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Mit gerade drei Prozent Vorsprung im zweiten Wahlgang hatte sich Kwaśniewski knapp durchsetzen können. Diesmal gelang Wałęsa jedoch die Polarisierung zwischen der neuen demokratischen Ordnung und dem sozialistischen System nicht, weil sich Kwaśniewskis Ziele nicht von denen der ehemaligen Opposition unterschieden.

In Kwaśniewskis erste Amtszeit fiel Polens Beitritt zur NATO, für den er sich persönlich eingesetzt hatte. Sein wichtigstes politisches Ziel war ein schneller Beitritt zur EU mit allen damit verbundenen

⁷⁴ Nach CBOS Umfrage bekam er in Februar 2000 bis zu 78 Prozent Zustimmung zu seiner Amtsführung, in: *Polityka* v. 12.02.2000.

⁷⁵ Zwei Wochen vor dem Wahltag spielte Marian Krzaklewski der Presse ein Video zu, das den amtierenden Präsidenten in Schwierigkeiten bringen sollte. Die Bilder dokumentierten einen Besuch Kwaśniewskis in der Provinz. Kwaśniewski stieg aus dem Wahlkampf-Hubschrauber, segnete die Gastgeber ganz in Papst-Manier, ließ seinen Wahlkampfhelfer niederknien und den Boden küssen. Für viele katholische Wähler war dies ein Akt der Blasphemie und die Umfragewerte des aussichtsreichsten Kandidaten bewegten sich nach unten. Zehn Prozent der Stimmen soll es Kwaśniewski gekostet haben.

scharfen sozialen Einschnitten in das Leben der polnischen Bevölkerung. In dieser Hinsicht stimmte er mit der Linie der AWS-Regierung und der Freiheitsunion überein, auch wenn er immer einige „warme“ Worte für die "sozial Benachteiligten" bereit hatte. Außerdem hatte er es im Wahlkampf nicht nur verstanden, die meisten Transformationsgewinner hinter sich zu scharen, sondern brachte sogar das Kunststück fertig, die Verlierer von der Unvermeidbarkeit einiger vorübergehender „Härten“ zu überzeugen.

Tabelle 6: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 08.10.2000

KANDIDAT (PARTEI)	1. Wahlgang (62 Prozent) ¹
Aleksander Kwaśniewski	53,9
Andrzej Olechowski	17,3
Marian Krzaklewski (AWS) ²	15,57
Jarosław Kalinowski (PSL)	5,95
Andrzej Lepper (Samoobrona)	3,05
Janusz Korwin-Mike (UPR)	1,42
Lech Wałęsa (ChD III RP)	1,01
Jan Łopuszanski (PP)	0,79
Dariusz Grabowski	0,22
Piotr Ikonowicz (PPS)	1,1
Tadeusz Wilecki (SND)	0,16
Bogdan Pawłowski	0,1
Gesamt	100

Quelle: <http://www.abc.wp.pl/prezydent/wybory2000.html> (12.12.2001).

Anmerkungen: ¹Die Prozentangaben in Klammern geben die Wahlbeteiligung an. ²Die Parteizugehörigkeiten sind nur dann vermerkt, wenn die Kandidaten auch offiziell unter dem Label antraten.

Mit 62 Prozent Wahlbeteiligung hat sich zudem das, für Transformationsländer so charakteristische, „demokratische Defizit“ der Stimmenthaltung entschärft. Nach der Wiederwahl von Kwaśniewski zum Staatspräsidenten waren sich die meisten Wahlforscher einig, dass dieser Sieg den Wunsch vieler Bürger nach politischer Stabilität und Berechenbarkeit des Alltags widerspiegelte. Ideologische Konfrontationen und politische Experimente mit drastischen sozialen Folgen seien nicht nach dem Geschmack einer Gesellschaft, die nach zehn Reformjahren ermüdet war (Vetter 2001). Die politischen Eliten, vor allem die polnische Rechte, waren nicht in der Lage, sich auf die Höhe dieser Erkenntnisse hochzuarbeiten. Dafür erlitten die beiden Gruppierungen (AWS und UW) in den darauf folgenden Wahlen eine herbe Niederlage. Mit diesen beiden Gruppierungen wurden zugleich die aus der *Solidarność* hervorgegangenen bzw. sich auf deren Vermächtnis berufenden politischen Kräfte, ins politische Abseits geschickt.

2.8. Die Parlamentswahlen 2001

Am 23. September 2001 fanden in Polen die vierten freien Parlamentswahlen statt. Erfolg hatten linksorientierte Gruppen und rechte Radikale; die bisher regierende Rechte lag indes am Boden. Neun politische Parteien und Gruppierungen waren im Wahlkampf angetreten und bei der wieder niedrigen Wahlbeteiligung von 46 Prozent schafften sechs Parteien den Einzug ins Parlament (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 23.09.2001

PARTEI		Stimmenanteile (in Prozent)	Mandate
SLD – UP	Allianz der Demokratischen Linken - Arbeitsunion	41,04	216
PO	Bürgerplattform	12,68	65
Samoobrona	Selbstverteidigung	10,20	53
PiS	Recht und Gerechtigkeit	9,50	44
PSL	Polnische Bauernpartei	8,98	42
LPR	Liga der Polnischen Familien	7,87	38
MN	Deutsche Minderheit	0,36	2
AWSP	Wahlaktion <i>Solidarität</i> der Rechten ¹	5,60	-
UW	Freiheitsunion	3,10	-
Andere ²		0,67	-
Gesamt		100	460

Quelle: <http://wybory.pkw.gov.pl> (12.12.2001).

Anmerkungen: ¹Die AWSP trat als ein Bündnis ein, für das die höhere Sperrklausel von 8 Prozent galt. ²Unter „Andere“ wurden diejenige Parteien subsumiert, auf die weniger als 1 Prozent der nationalen Stimmenanteile entfielen..

Die größte Niederlage musste zweifelsohne die bisherige Regierungspartei unter Ministerpräsident Jerzy Buzek, die Wahlaktion *Solidarität* der Rechten (AWSP), hinnehmen. Sie erlangte nur fünf Prozent, für Wahlbündnisse gab es jedoch die Hürde von acht Prozent. Auch der einstige Koalitionspartner, die sozial-liberale Freiheitsunion (UW) unter ihrem neuen Vorsitzenden Bronisław Geremek, die 3,5 Prozent Stimmen erhielt, kam nicht mehr ins Parlament.⁷⁶

Kurz vor Ablauf der Legislaturperiode, als bereits deutlich wurde, dass die Regierungsparteien AWS wie auch UW weit hinter den Postkommunisten zurückliegen würden, legte die Regierung eine Wahlrechtsreform vor, die noch im April 2001 verabschiedet wurde. Das neue Wahlsystem reduzierte die Anzahl der Wahlkreise auf 41, die nun zwischen sieben und 15 Abgeordnete entsandten. Außerdem wurde die Verrechnungsformel nach Sainte Laguë (modifiziert) eingeführt und die nationale

Liste abgeschafft. Alle 460 Sitze werden nun in Verhältniswahl in mittleren und großen Wahlkreisen vergeben.⁷⁷ Damit sollten die kleineren Parteien bevorzugt und die große SLD benachteiligt werden. Kenner der polnischen Szene gehen jedoch davon aus, dass die SLD-UP in den Wahlen 2001 auch nach dem alten Wahlsystem eine absolute Mehrheit der Sitze erzielt hätte.⁷⁸ Inwieweit diese Wahlsystemreform weitere Auswirkungen auf den politischen Kontext haben wird, ist noch nicht abzusehen.

Die Lage der wichtigsten Parteien und Gruppierungen nach dem Wahlkampf gestaltete sich wie folgt: Die Wahlaktion *Solidarität* der Rechten (Akcja Wyborcza *Solidarność* Prawicy - AWSP) war ein zu Wahlzwecken etabliertes Remake der Regierungsgruppierung AWS, genauer gesagt, dessen was von ihr übriggeblieben war. Die AWS durchlebte seit den für sie desaströs ausgegangenen Präsidentschaftswahlen eine Serie von Austritten und Abspaltungen, von denen der Abgang der Konservativen Volkspartei SKL und deren Anbandeln mit der Bürgerplattform PO wohl am schmerzhaftesten war. Nachdem sich im Mai 2001 auch die Gewerkschaft *Solidarność* offiziell aus der AWS zurückgezogen hatte, blieben noch drei Signatäre der Wahlaktion übrig: die Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN), die Allianz der Polnischen Christdemokraten (PPChD) sowie die als Gewerkschaftspartei und Kern der AWS gegründete Gesellschaftsbewegung AWS (RS AWS). Sie hatte in ihren Wahlspots verkündet: "Andere reden viel, wir verändern Polen". Doch die Wähler schenkten ihnen kein Vertrauen mehr (Szymanski 2002: 268).

Für diese Niederlage gibt es viele Gründe, ausschlaggebend scheint jedoch die maßlose Enttäuschung über Politik und Politiker des *Solidarność*-Lagers der letzten Regierung zu sein. Nicht nur die Art und Weise der Umsetzung von vier Reformen, insbesondere der Gesundheits- und Bildungsreform, erzürnte viele Menschen. Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit und der sich vertiefenden Polarisierung wuchs zunehmend die Unzufriedenheit, darunter auch unter vielen arbeitslosen Jugendlichen. Es waren eindeutig Protestwahlen gegen die Politik der Regierung Buzek. Der Wahlsieger von 1997, die Wahlaktion der *Solidarność*, hatte viele Sympathisanten verloren. Politische Arroganz der Führungskräfte um Marian Krzaklewski, Parteibuchpolitik, immer neue Skandale, ausrufende Korruption sowie unsägliche Vettern- und Misswirtschaft, verbunden mit wenig Sachverstand, wurde ihnen vorgeworfen. Demokratie, so schien es, wurde manchmal mit Oligarchie verwechselt (Lang 2001).

Der Ausstieg aus der Regierungskoalition im Frühsommer 2000 hat der Freiheitsunion nicht geholfen. Linienauseinandersetzungen und Abspaltungen hatten zur Folge, dass die einst so attraktive Partei der Mitte den Einzug ins Parlament nicht schaffte. Die UW warb unter dem Motto "Eine starke Mittelklasse, das bedeutet ein starkes Polen". Doch nachdem ein großer Teil der Mitglieder und Sympathisanten sich der neu gegründeten PO und gewiss auch der SLD zugewandt hatten, schrumpfte die Partei. In den Augen zahlreicher Wähler gehörte die UW zu den politischen

⁷⁶ Die Kräfteverhältnisse der Parteien vor den Wahlen siehe: Machos 2001 und Vetter 2001; für detaillierte Wahlanalysen siehe: Lang 2001.

⁷⁷ Vgl. dazu Gebethner 2001 und Ziemer/Wojtaszczyk 2003.

⁷⁸ Dieser Meinung war Klaus Ziemer zitiert in: Krohn 2003: 242.

Kräften, die wenig Gespür für soziale Härten hatten und wenig Bürgernähe zeigten (Vetter 2001: 824). Einstige Sympathisanten warfen der Partei, die vormals den Anspruch erhoben hatte, Führungskraft in der Demokratisierung des Landes zu sein, vor, in der Partei selbst antidemokratisch und patriarchalisch verfahren zu haben, in der es kaum noch Diskussionen gab, sondern nur moralisierende Monologe (Marody 2001). Die Partei hat sich einige grundlegende Fehler erlaubt: So wurden mit einer „Leichtigkeit des Seins“ Parteiführer ausgewechselt und innerparteiliche Opposition auf Grund des autoritativen Stils in der Parteiführung nicht geduldet. Zum erstenmal seit zwölf Jahren waren die Vertreter der UW nicht mehr im Parlament vertreten und die Partei Zerreißproben ausgesetzt.

Dem gegenüber hatte die SLD eine gut organisierte Struktur aufgebaut und sich in eine moderne Partei umstrukturiert. Ende 1999 wurde das bis dahin lose Bündnis SLD in eine einheitliche Partei umgewandelt. Einige linke Radikale, wie die Sozialistische Partei PPS oder der ehemalige Chefredakteur der parteinahen Tageszeitung Trybuna, Janusz Rolicki, wurden ebenso wie betont „liberale“ Reformer kalt gestellt oder ausgeschlossen. Der Einfluss des mächtigen Gewerkschaftsflügels (OPZZ) wurde reduziert. Durch die plakative Aufnahme von Einzelfiguren mit *Solidarność*-Hintergrund (prominentestes Beispiel war der SLD-Vize Andrzej Celiński) wurde versucht, sich vom Stigma des „Postkommunismus“ vollends zu befreien (Vetter 2001: 827). Obgleich in der ausländischen Presse für die SLD häufig noch der Begriff „Postkommunisten“ Verwendung findet und ihre Mitgliedschaft noch zu etwa 20 Prozent aus alten Parteikadern der PZPR besteht, ist es der Partei in Polen selbst mit wachsendem Erfolg gelungen, das postkommunistische Image der Nachfolgepartei abzulegen. Marody⁷⁹ kam zu der Einschätzung: „Die Polen sind mehrheitlich zu der Ansicht gelangt, dass die SLD keine maskierte PZPR sei. Allerdings wird diese Ansicht noch nicht von der Mehrheit der gesellschaftlichen Elite geteilt.“ Programmatisch unterbreitete die SLD keine spektakulären Offerten: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sozialere Ausgestaltung der Marktwirtschaft, keine radikale Rücknahme der großen Strukturreformen, sondern eine „Reform der Reformen“.⁸⁰ Während im Bereich Europa, Sicherheitspolitik und NATO auf Kontinuität gesetzt wurde, sollte es bei der Ostpolitik zu einer Neuausrichtung durch die Intensivierung vor allem wirtschaftlicher Kontakte mit den Nachbarn jenseits des Bugs kommen. Der Wahlslogan des linken Wahlbündnisses lautete: „In Polen wieder Normalität wählen, gegen Arbeitslosigkeit und unredliche Bereicherung kämpfen“ (Szymański 2002: 269).

Neu in der politischen Landschaft war die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska - PO), eine technokratische Partei mit liberal-konservativen Konturen, gegründet von den „drei Tenören“ Andrzej Olechowski, dem überraschend starken Zweitplatzierten bei den letzten Präsidentschaftswahlen, Maciej Płażyński, dem von der AWS kommenden Sejm-Marschall (Parlamentspräsidenten), und Donald Tusk, dem Verlierer im Rennen um den Vorsitz in der Freiheitsunion (UW). Zu diesem Triumvirat stieß auch der mächtige Warschauer Bürgermeister Paweł Piskorski (vormals UW), der den

⁷⁹ Mirosława Marody, Soziologin aus der Warschauer Wissenschaft Akademie, hier zitiert aus: *Gazeta Wyborcza* v. 4.04.2001: *Dlaczego wygra SLD (Warum die SLD gewinnt)*.

⁸⁰ In der Linksallianz war man sich wohl bewusst, dass angesichts der sich abkühlenden Wirtschaft und des kritischen Zustands der Staatsfinanzen keine Alternative zu einer rigorosen Spar- und Sanierungspolitik besteht - was aus nachvollziehbaren Gründen nicht bis zum 23. September offen gesagt werden konnte.

Wahlkampf der Plattform organisierte. Die neu gegründete Gruppierung fand rasch Zuspruch. In den Umfragen rangierte sie in der Regel an zweiter Stelle. Der Plattform war es gelungen, vor allem enttäuschte Anhänger des Regierungslagers (also von der AWS und dem Ex-Koalitionspartner Freiheitsunion), für die die SLD inakzeptabel war, sowie Teile der Unentschlossenen und der potentiellen Nichtwähler auf ihre Seite zu bringen. Mit Blick auf ihre Basis wurde der dynamische Aufstieg der Plattform als „Rebellion der Mittelklasse“ bezeichnet. Für die Wahlen hat sich die PO mit der extrem-liberalen und ultra-konservativen Union für Realpolitik (UPR) sowie der gemäßigten SKL (die die AWS verlassen und sich nach den Wahlen der PO angeschlossen hatte) verbündet. Tonangebend war dabei aber eindeutig die Plattform bzw. deren Führung. Insgesamt wurde ein schlanker Parteaufbau mit losen Strukturen und offener Anhängerschaft aufgebaut. Griffige Parolen, Technokratismus und eine prononcierte Personalisierung kennzeichneten das Auftreten der PO-Politiker. Während die PO bemüht war, sich als unideologische *catch-all*-Partei der Mitte zu verkaufen, kann die Gruppierung, sowohl mit Blick auf ihr Selbstverständnis als auch aufgrund der programmatischen Ziele, als liberal-konservative Partei qualifiziert werden. Eine wichtige Rolle spielte aber auch ein manifester, gegen das bisherige politische Establishment (zu dem paradoxerweise alle Führungsfiguren der PO selbst gehörten) gerichteter Anti-Parteien-Reflex (Lange 2001). Im Einzelnen forderte man u.a. die Einführung einer linearen Einkommensteuer, die Deregulierung des Arbeitsrechts sowie die Entschlackung des Staatsapparats. Was die Außenpolitik anbelangte, gab sich die Plattform proeuropäisch (Machos 2002: 421).

Neu auf der politischen Bühne war auch die Bewegung Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość - PiS). Sie wurde im Laufe des Frühjahrs durch den von Regierungschef Buzek demissionierten Justizminister Lech Kaczyński und dessen Umfeld initiiert. In seiner Amtszeit profilierte sich Kaczyński mit einer harten *law-and-order*-Politik, was ihn zum, mit Abstand, beliebtesten Minister in der ansonsten wenig populären Mannschaft von Premier Buzek machte. Verstärkt wurde Kaczyńskis Bewegung durch das Bündnis der Rechten (Przymierze Prawicy - PP), das aus Politikern von SKL und ZChN, die ihre Mutterparteien verlassen hatten, sowie der radikal-antikommunistischen Republikanischen Liga entstanden war. Die patriotisch orientierte Recht und Gerechtigkeit (PiS) wollte Polen in einen „wahren Rechtsstaat“, unter Einführung der Todesstrafe, verwandeln. Die zentralen Programmpunkte lauteten: Strafrechtsverschärfung, rigorose Verbrechenbekämpfung, Säuberung der politischen Eliten, Schaffung einer Antikorruptionsbehörde, Kampf gegen die Korruption, Schutz des einheimischen Marktes, familienfreundliche Politik. Summa summarum präsentierte die PiS ein Programm des starken Staats, das durch europaskeptische Töne und ein Bekenntnis zu einer interventionistisch-protektionistischen Wirtschaftspolitik angereichert war.

Überraschend war der Wahlerfolg der extremen Bauerngruppierung Samoobrona (Selbstverteidigung) von Andrzej Lepper. Seine markige Sprüche fanden bei vielen Wählern Anklang: z.B.: die Geißelung von „Fiskalterror und monetaristischem Parasitismus der Banken“, die Ablehnung des EU-Beitritts „in der heutigen Gestalt“ oder die Kampfansage an „jegliche Form eines unmenschlichen, zerstörerischen, satanistischen Liberalismus und einer dem Evangelium

widersprechenden gesellschaftlichen Moral.“⁸¹ Unterstützung fand er bei den Verlierern der Transformation, dem wachsenden Heer der Hoffnungslosen, das hier einen Retter zu finden glaubte. Andrzej Lepper vertrat eine für Außenstehende abstruse Mischung politischer Vorstellungen: Radikale Ablehnung der Globalisierung und tiefgreifende Kritik an der Marktwirtschaft sowie polnischer Nationalismus und starke pro-russische Tendenzen, ergänzt durch Gegnerschaft zur NATO und besonders zur EU (Freudenstein 2001). Die Wahlkampagne wurde in rot-weißen Krawatten geführt, um die Schreckgespenster des Ausverkaufs des Landes als eine Gefahr für Polen mit dem demonstrativen Tragen der Nationalfarben zu unterstreichen. Lepper kann, selbst im komplizierten polnischen Kontext, weder als links noch als rechts gelten. Er selbst, wie auch seine Wählerschaft, lassen starke Parallelen zum Präsidentschaftskandidaten Tymiński von 1990 erkennen, der damals Mazowiecki mühelos überholte und Wałęsa ernsthaft Konkurrenz machte. Die Samoobrona zog durch ihren Erfolg an der Bauernpartei (PSL) vorbei und reklamierte für sich, die Interessenvertretung Nummer Eins der polnischen Bauern zu sein.

Die Polnische Bauernpartei (PSL) versprach ihren Wählern zivilisatorischen Fortschritt und der liberalen Wirtschaftspolitik sowie der Korruption ein Ende zu setzen. Die PSL hatte in den letzten Monaten vor der Wahl versucht, sich als Alternative für die Unzufriedenen und Enttäuschten jenseits der SLD zu profilieren. Anders als die SLD, der seitens der PSL starke marktliberale Tendenzen vorgehalten wurden, gerierte sich die PSL nach Ansicht von Beobachtern als eine Art „antiliberaler Bürgerplattform.“⁸² Dementsprechend fiel auch das Programm aus. Parteichef Jarosław Kalinowski machte deutlich, dass er mit den „bisherigen wirtschaftspolitischen Experimenten“ Schluss machen wollte. Dazu gehörten u.a. hohe Zinsen, ein unkontrollierter Zufluss „ausländischen, vor allem spekulativen Kapitals“ und er wollte generell die Abhängigkeit von diesem unterbinden. Mit Blick auf ihre klassische Klientel gehörte die PSL nicht gerade zu den europafreundlichen Parteien in Polen, ohne sich jedoch gegen den EU-Beitritt zu wenden. Sie bestand auf „gleichen Rechten und Pflichten“ für die polnischen Bauern ihren europäischen Kollegen gegenüber, und wollte auf keinen Fall auf Direktzahlungen für die Landwirte zwischen Oder und Bug verzichten. Noch unnachgiebiger war man in der Frage des Erwerbs von Grundstücken durch Ausländer: „Wir denken, dass polnisches Land in der Hand polnischer Bauern sein sollte.“⁸³

Unerwartet kam auch der Erfolg der Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin - LPR). Bei der LPR handelte es sich um ein Sammelbecken für die streng national-katholischen und antieuropäischen Kreise, um den äußersten rechten Rand der ursprünglichen AWS sowie ultranationalistische und patriotische Desperados. Die Führungsfigur der fundamentalistischen Polnischen Allianz (Porozumienie Polskie - PP), Jan Łopuszanski und der notorische Antisemit Zygmunt Wrzodak, sind in der Liga ebenso anzutreffen, wie der sinistre Ex-Innenminister Antoni Macierewicz oder die Jungnationalisten der Allpolnischen Jugend. Der Erfolg der Liga basiert in erster

⁸¹ Leppers Äußerungen sowie seine Wahlprogrammatik sind auf der Samoobrona Web Seite zu finden: <http://www.samoobrona.org.pl>

⁸² In der Tat hat die Bauernpartei eine Reihe von sozial-orientierten, linken, aber auch antiliberal-nationalen Gruppierungen und Politiker um sich gruppiert: so etwa den Ex-Vorsitzenden der *Arbeitsunion*, Ryszard Bugaj, eine Schwestergewerkschaft sowie „Patrioten“ wie den Abgeordneten Dariusz Grabowski, Vertreter des Blocks für Polen - BdP, oder radikale Nationalisten von der *Stronnictwo Narodowe* - SN.

Linie auf der Unterstützung durch den katholisch-fundamentalistischen Hörfunksender Radio Maryja. Überdies stießen Ex-Premier Jan Olszewski und seine Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP) zur Liga, nachdem sie mit der AWSP nicht handelseinig geworden waren. Das Programm der LPR konzentrierte sich auf eine strikte Ablehnung des EU-Beitritts Polens. Gegen den modernen „Turm von Babel“ und das „Diktat Brüssels und Berlins“ setzte die Liga ihr „Programm des nationalen Solidarismus“. Um den „kosmopolitisch-liberalen“ Kräften Einhalt zu gebieten, wollte man etwa den Assoziationsvertrag mit Brüssel kündigen und den „Ausverkauf polnischen Eigentums“ stoppen. Die Landwirtschaft sollte zu einer zentralen Triebfeder der polnischen Volkswirtschaft gemacht werden.

Der unerwartete Aufstieg der Populisten war ein neues Phänomen bei den Parlamentswahlen 2001. Noch nie zuvor konnten nationalistische und extreme Gruppierungen so deutlich reüssieren. Wenn man die Stimmen für Samoobrona und LPR mit denen für PiS und PSL zusammenzählt, haben zwischen 35 und 40 Prozent der polnischen Wähler ihre Stimme im weiteren Sinne populistischen oder demagogischen Parteien gegeben. Der Aufstieg der beiden radikalen Parteien – Samoobrona und Liga der Polnischen Familien - basierte auf der Ablehnung der EU-Integration Polens. In der Berufung auf nationale Symbole und Mythen, auf kollektive Erinnerungen und die Vergangenheit wurde vor allem nationalistische Rhetorik als besonders taugliches Mittel eingesetzt, wobei konkret die Fragen des Souveränitäts- und Identitätsverlustes sowie des Ausverkaufs polnischen Bodens thematisiert wurden. Die in Polen verwurzelte Assoziation von Souveränität mit Territorium, die Gleichsetzung von Landesverteidigung und Patriotismus, die Verknüpfung von Boden und staatlicher Unabhängigkeit wurden von den Beitrittsgegnern erfolgreich aufgegriffen (Dylla/Jäger 2003). Nicht nur die katholisch-nationalistischen Gruppierungen, sondern auch die Samoobrona (Selbstverteidigung) und die Bauernpartei nutzten diese Stimmung, denn die Mehrheit der Landbevölkerung war weiterhin überzeugt, dass die Gefahr des Ausverkaufs des Landes an die Deutschen bestand.⁸⁴

Beide populistische Parteien profitierten auch von einer leicht verständlichen Kritik an der politischen Elite der letzten 13 Jahre, die - korrupt, inkompetent und fremdgesteuert - Polen verraten und verkauft habe und nun im Begriff sei, mit dem Beitritt zur EU ihr Meisterstück zu absolvieren (Tewes 2002: 24). Beide Parteien lehnten die Mitgliedschaft in der EU aus ökonomischen und ideologischen Gründen ab, womit sie auf die rechte Seite des Spektrums der Wählerschaft, die katholisch orientiert ist und den Verlust der nationalen Identität und Untergrabung der christlichen Werte befürchtete, spekulierte. Auf der anderen Seite wollten sie sich für den verhärmteren Teil der Gesellschaft attraktiv machen, der sich angesichts wachsender wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten denjenigen zuwandte, die schnelle Lösungen drängender Alltagsprobleme versprachen. So haben vor allem die Bauern, die Angst um ihre Existenz in einer erweiterten EU hatten, Lepper und den anderen Protagonisten der populistischen Rechten und ihren Versprechungen eines starken Staates vertraut.

⁸³ Aus dem PSL-Programm, im Internet unter: <http://www.psl.org.pl>

⁸⁴ CBOS im Auftrag des ISP VI 1999, in: *Rzeczpospolita*, v. 15.07.1999.

Die Parlamentswahlen 2001 bewirkten nicht nur eine grundsätzliche Veränderung der politischen Landschaft, sondern auch eine Neugestaltung der Konfliktlinien. Zum einen verwischte die scharfe Trennlinie zwischen Antikommunisten und Postkommunisten, die die politische Auseinandersetzung in Polen über die gesamten 90er Jahre geprägt hatte. Diese Trennlinie war politischer und auch biographischer Natur. Es ging zwar auch um Streitpunkte wie die Stellung der katholischen Kirche in Staat und Gesellschaft, im Kern der Auseinandersetzung stand jedoch die Frage, wer 1981 auf welcher Seite des Kriegsrechtes gestanden hatte (Tewes 2002). Die Teilung in das postkommunistische und das *Solidarność*-Lager spielte bereits bei den Präsidentenwahlen 2000 (eigentlich schon 1995) eine untergeordnete Rolle. Direkte Umfrageresultate zeigten, dass die Beziehung zum alten System nur mehr für wenige Wähler ein Wahlkriterium darstellte.⁸⁵ Tewes schreibt in diesen Zusammenhang über die endgültige Niederlage der *Solidarność*-Erben, die an ihrem eigenen moralischen Bankrott scheiterten. Vetter (2001) sucht nach den Ursachen im Bewusstsein der polnischen Wähler, das sich in den letzten Jahren beträchtlich gewandelt hatte. In seinen Augen war Polen in eine Phase der Entideologisierung und Pragmatisierung der Gesellschaft eingetreten. Ideologische Konfrontation und politische Experimente mit drastischen sozialen Folgen seien nicht nach dem Geschmack einer Gesellschaft, die nach 15 Reformjahren ermüdet sei.

Der Machtwechsel fand in Polen ähnlich, nur unter umgekehrten Vorzeichen wie 1997, vor allem aufgrund der Einigkeit, der organisatorischen Effizienz und Disziplin der Linken sowie der Schwäche und dem Auseinanderfallens der regierenden Rechten statt. Die polnischen Wahlen bestätigten den Trend, dass die jeweiligen Regierungsparteien die Wahlen verlieren und oppositionelle Kräfte an die Macht gelangen. Das zeigt nicht nur, dass ein wesentliches Merkmal demokratischer Systeme – der institutionalisierte, legitimierte Machtwechsel – in den junge Demokratie bereits recht gut funktionierte. Es ist auch ein Hinweis darauf, dass durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationen weiterhin große politisch-gesellschaftliche Probleme bestehen, die eine amtierende Regierungen zu Fall bringen können.

Die dramatischen Veränderungen, denen die politische Szene Polens ausgesetzt war, schlugt sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Wählerpotentiale nieder. Bezüglich ihrer Präferenzen lassen sich die Wähler Polens relativ gut in vier etwa gleich große Gruppen einordnen. Daran hat sich seit 1990, trotz teilweise spektakulärer Entwicklungen in der Parteienlandschaft, nur wenig geändert. So kann potentiell von jeweils gleich starken linken, liberalen, bauernpolitischen oder national-katholischen Wählerpotentialen gesprochen werden. Wie weit diese Potentiale bei einzelnen Wahlen (Präsidentenwahlen, Parlamentswahlen, Kommunalwahlen) von den antretenden Parteien tatsächlich mobilisiert werden können, hängt vom aktuellen politischen Trend ab (Politt 2004).

⁸⁵ Dass Aleksander Kwaśniewski, der unter dem alten Regime eine steile Karriere bis hin zu einem Ministerposten gemacht hatte, schon in der ersten Runde so viele Stimmen erzielen konnte, war auch angesichts seines geschickten Auftretens und seiner populären Amtsführung nicht selbstverständlich. In die gleiche Richtung weist das gute Resultat Olechowskis. Er hatte zugegeben in den siebziger Jahren für den kommunistischen Geheimdienst gearbeitet zu haben, und erreichte trotzdem ein besseres Resultat, als es 1995 der populäre Jacek Kuron als Kandidat der UW erzielt hatte. Noch vor wenigen Jahren wäre es auch undenkbar gewesen, dass eine liberal-konservative Partei (PO), die sich zumindest zum Teil an der Tradition der *Solidarność* orientierte, von einem ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter angeführt und mit ihm zur zweitstärksten Fraktion im Parlament werden konnte.

Angesicht der neuesten Entwicklung der politischen Szene zweifeln einige Intellektuelle in Polen an der Leistungsfähigkeit der polnischen Demokratie. Das Niveau der politischen Auseinandersetzung ist seit den Wahlen 2001 deutlich gesunken. Die konstruktive Opposition ist klein und schwach, denn Bürgerplattform und Recht und Gerechtigkeit haben zusammen genommen gerade mal 100 von 360 Sitzen, also nur wenige Sitze mehr als ihre Kollegen von den populistischen Parteien. Die PO und die PiS sind zwar in der Opposition, stellten letztlich aber keine Alternative zur Regierung. Die populistischen Parteien bestimmen die Regeln der politischen Auseinandersetzung. Gleichzeitig haben die oppositionellen Parteien die Machtfülle der SLD nicht erreichen können. Trotz der Verdienste dieser Partei im europapolitischen Bereich erlitt Millers Regierung wegen einer Reihe von Bestechungsskandalen, einer Arbeitslosenquote von rund 20 Prozent und einer stockenden Gesundheitsreform eine Niederlage. Begonnen hatte das Interregnum am 2. Mai 2004, dem Tag nach dem EU-Beitritt, als der unrettbar in ein Populartätstief abgesunkene, von Affären angeschlagene Premier Leszek Miller seinen Rücktritt einreichte. Die lange Zeit von ihm geführte SLD, spaltete sich, und eine neue Polnische Sozialdemokratie (SDPL) mit derzeit 33 Abgeordneten erblickte das Licht der Welt. Die SLD versuchte zwar noch sich durch den Austausch von Regierungsmitgliedern an der Macht zu halten. Die Bürgerlichen demonstrierten jedoch zusammen mit den populistischen und patriotischen Gruppierungen in aller Klarheit, dass sie nicht gewillt waren, die schwächelnden und in zahlreiche Affären verwickelten Ex-Kommunisten weiterregieren zu lassen, auch dann nicht, wenn diese vom liberalen Technokraten Belka⁸⁶ geführt würden.

2.9. Zusammenfassung

Vergleicht man den Stellenwert der ersten drei Parlamentswahlen, kann man sie als drei Etappen der Konsolidierung des polnischen Parteiensystems betrachten. Die erste demokratische Legislaturperiode nach dem Systemwechsel war von extremer politischer Instabilität geprägt. Dieser Befund erklärt sich nach Grotz (2000: 146) nicht allein aus der hochgradigen Fragmentierung des Parteiensystems. Ausschlaggebend für die fehlenden parlamentarischen Mehrheiten waren vielmehr die mangelnde Strukturierung der Elitenebene sowie die doppelte Polarisierung, die sich als Fortsetzung von Verhaltensmustern während des Transformationsprozesses begreifen lässt.

In der ersten Etappe wurden die wichtigsten Parteien, die die differenzierte und polarisierte Gesellschaft widerspiegelten, aus den über 200 Gruppierungen herausgefiltert. Ihr Tun und Lassen im Sejm und Senat ermöglichte der Öffentlichkeit und damit den Wählern eine bessere Einschätzung und

⁸⁶ Marek Belka - parteilos (er war ebenso wie Miller und Kwaśniewski Mitglied der Staatspartei PZPR, ist ihrer Nachfolgeorganisation SdPR bzw. später SLD aber nicht beigetreten) Wirtschaftsprofessor. Er war zuvor zwei mal polnischer Finanzminister (1997 und 2001) und machte sich mit seinem rigiden Sparkurs in der Öffentlichkeit unbeliebt. Am 14. Mai 2004 verlor er im polnischen Sejm eine Vertrauensabstimmung mit 188 zu 262 Stimmen. Nach dieser herben Niederlage trat er von seinem Amt als Ministerpräsident, das er gerade erst

rationalere Entscheidung beim nächsten Urnengang. Die entstanden Parteien waren – trotz ihrer programmatisch weitgehend diffusen Züge und organisatorischen Mängel – dadurch legitimiert, dass sie jeweils ein Bruchstück des gegen den Staatssozialismus gerichteten Volkswillens verkörperten. An diesem Legitimitätsvorteil partizipierten geschickt auch die ehemaligen Blockparteien, die entweder während des politischen Transitionsprozesses rechtzeitig die Seiten wechselten (PSL) oder sich organisatorisch den neuen politischen Umweltbedingungen angepasst hatten (SLD).

1993 kam die Zeit der entscheidenden Konsolidierung durch eine entsprechende Wahlordnung. Von einem vollständigen Erfolg dieser Wahlordnung und einer Konsolidierung des Parteiensystems kann man jedoch erst nach der Wahl 1997 sprechen, weil einerseits keine Atomisierung und Radikalisierung der Allianz der Demokratischen Linken (SLD) stattgefunden hat und andererseits die Einigungsbemühungen der Rechten erfolgreich waren. So kristallisierten sich in groben Zügen ein linker und ein rechter Flügel im Parteiensystem nebst einer starken liberalen Mitte und einer soliden Bauernpartei heraus. Die Linken waren fähig, die innerhalb eines linksdemokratischen Grundkonsenses liegende programmatisch-ideologische Heterogenität ihrer Elite und deren Mitgliedschaft organisatorisch abzubilden. Sie war durch eine relativ stabile Wählerunterstützung zum legitimierten Hauptakteur geworden. Die rechte Seite war zuerst schwach ausgebildet und unbeständig. Nach dem Erfolg der AWS kam es aber zur Herausbildung von starken mitte-rechts orientierten politischen Kräften. Die Konsolidierung dieser Seite des politischen Spektrum wird offensichtlich länger dauern, als dies noch vor ein paar Jahren angenommen wurde.

Schon die Parlamentswahlen 2001 sorgten für Turbulenzen in Polens Parteienlandschaft. Durch zentrifugale Tendenzen und ein Ungleichgewicht zwischen Rechts und Links war das polnische Parteiensystem zu diesem Punkt in einer Phase neuer Entropie angelangt. Die hohe Volatilität des polnischen Elektorats und die immense Fluktuation auf der politischen Angebotsseite (drei der sechs im Parlament vertretenen Parteien sind erst im laufenden Jahr gegründet worden, vier waren bisher noch nie im Sejm vertreten) zeigen, dass sich die politische Landschaft in Polen noch nicht definitiv gefestigt und die Politikverdrossenheit ein bedrohliches Niveau erreicht hatte (Lang 2001: 4). Die neuen Wahlen konnten den bisherigen Integrationskurs zwar bestätigen (PO mit PiS oder LPR). Gleichzeitig wurden jedoch entstandene Kooperationsforen zerrieben. Nach einer Wahlniederlage wird eine weitere Zersplitterung der linken politischen Kräfte oder eben die Entstehung neuer Bündnisse (SLD und Samoobrona) möglich. Der weitere Verlauf dieser Entwicklungsphase des polnischen Parteiensystems scheint also noch völlig offen zu sein.

Durch welche Faktoren sind die oben genannten Desintegrationsprozesse und die fehlende Konsolidierung des Parteiensystems in Polen zu erklären? In diesem Zusammenhang müssen die strukturellen Probleme des polnischen Parteiensystems erwähnt werden. Nachdem in den vorhergehenden zwei Kapiteln die politische Szene Polens, Parteien und Wahlen beleuchtet wurden, geht es im folgenden Abschnitt darum, die Probleme und Merkmale dieses Systems zu betrachten.

angetreten hatte, zurück. Staatspräsident Kwaśniewski berief ihn allerdings erneut in das Amt und er wurde letztendlich vom Parlament Ende Juni 2004 mit 236 zu 215 Stimmen bestätigt.